

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

22. Sitzung vom 27. Februar 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	Rednerinnen bzw Redner:	
		Abg Mag Johann Gudenus	S. 3
		Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 9
		Abg Birgit Hebein	S. 11
2. 00381-2012/0001-MDLTG: Gemäß § 120 (4) WStV Einberufung des Wiener Landta- ges durch Präsident Prof Harry Kopietz mit dem Thema "Keine missbräuchliche Vergabe von Wiener Grundversorgungs- leistungen an Asylbetrüger!"	S. 3	Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 14
		Abg Gabriele Mörk	S. 15
		Abg Mag Klaus Werner-Lobo	S. 16
		Abg Ing Udo Guggenbichler	S. 18
		Abg Kurt Wagner	S. 20
3. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	Abg Mag Wolfgang Jung	S. 22
		Abg Senol Akkilic	S. 24
4. 00381-2013/0001-MDLTG: Debatte zum Verlangen des Klubs der Wiener Freiheitlichen zu unter Punkt 2. genanntem Thema		Abg Birgit Hebein	S. 26
		Abg Armin Blind	S. 26
		Abg Senol Akkilic (tatsächliche Berichtigung)	S. 28

(Beginn um 10.01 Uhr)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Ich eröffne die 22. Sitzung des Wiener Landtages.

Entschuldigt sind Frau Abg Mag Anger-Koch, Herr Abg Haslinger, Herr Abg Kops, Herr Abg Peschek, Herr Abg Ing Rösch, Herr Abg Stark, Herr Abg Dipl-Ing Stiftner, Herr Abg Dr Troch und Herr Abg Dr Van der Bellen. Herr Abg Lindenmayr hat sich für 12.15 Uhr bis 13.15 Uhr entschuldigt.

Vom Klub der Freiheitlichen wurde ein Verlangen auf Einberufung einer Sitzung des Landtages zum Thema „Keine missbräuchliche Vergabe von Wiener Grundversorgungsleistungen an Asylbetrüger!“ eingebracht. In Entsprechung des § 120 Abs 4 der Wiener Stadtverfassung in Zusammenhang mit § 8 der Geschäftsordnung des Landtages für Wien wurde zu dieser Sitzung eingeladen.

Die Geschäftsordnung sieht vor, dass in Sitzungen des Landtages auf Verlangen keine Geschäftsstücke verhandelt werden. Der Entfall von Fragestunde, Aktueller Stunde und dringlichen Initiativen ist in der Fraktionsvereinbarung festgeschrieben.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen zwei schriftliche Anfragen eingelangt sind.

Wir kommen nun zur Tagesordnung, zur Besprechung des Verlangens. Zur Begründung und als Erstredner hat sich Herr Abg Mag Gudenus zum Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen, wobei ich bemerke, dass die Gesamtredezeit für die Begründung und als Erstredner 40 Minuten beträgt. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Bitte das auch bei der Uhr einzustellen. - Danke.

Präsident Prof Harry **Kopietz** (*unterbrechend*): Ich bin schon dabei.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*fortsetzend*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Werte Kollegen!

Wir haben diese Sondersitzung heute verlangt, weil hier einiges im Argen liegt, was Sozialmissbrauch im rot-grünen Wien betrifft, was die Ausschüttung von im Endeffekt Steuer- und Gebührengeldern in unserer Heimatstadt betrifft, und wo wir auch ganz klar feststellen können, dass hier ein Missbrauch von Steuergeldern, auch ein Missbrauch von ausgeschütteten Sozialleistungen besteht, den man einfach nicht so hinnehmen kann.

Ich würde gerne sagen und meine Rede heute beginnen, ein guter Tag beginnt mit einer geräumten Votivkirche. Das ist leider nicht der Fall. Aber wir erleben eine Räumung auf Raten. Das ist immerhin auch schön. Es dauert zwar etwas länger, aber dieser Spuk wird sicherlich früher oder später vorbei sein.

Aber gleich vorweg, eines außer Streit gestellt, und ich sage das natürlich bewusst bei jeder Rede, die ich zu diesem Thema halte, Asyl bedeutet Schutz vor Verfolgung und somit auch Schutz auf Zeit, nämlich solange

die Verfolgung vorliegt. Es kann natürlich sein, dass die Verfolgung ein Leben lang vorliegt, ist wahrscheinlich aber nur in den geringsten Fällen auch Tatsache. Natürlich ist für uns Freiheitliche das Asylrecht ein sehr hohes und schützenswertes Gut. Daran wollen wir, gleich vorweg, überhaupt keinen Zweifel aufkommen lassen.

Aber ich sage auch vorweg, die Menschen in dieser Stadt und auch in ganz Österreich, die Bürger haben es einfach satt, ausgenützt zu werden. Sie haben es satt, dass die Gastfreundlichkeit Österreichs und Wiens hier ausgenützt wird und sich die Menschen hier auf betrügerische Art und Weise einnisten und Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Damit muss Schluss sein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie können doch, auch von der Fraktion der SPÖ und von den GRÜNEN, den Menschen nicht erklären, dass im Endeffekt der Heizkostenzuschuss gestrichen wird und sich hier großteils Menschen in betrügerischer Absicht einnisten, Sie noch Vereine dabei unterstützen und das Füllhorn mit beiden Händen über sie ausgeschüttet wird, während Menschen, die es wirklich notwendig haben, Österreicherinnen und Österreicher, im Regen stehen gelassen oder im Schnee sitzen gelassen werden, in ihren Wohnungen frieren müssen. Bitte schauen Sie sich doch einmal in den Spiegel! Ist das soziale Politik? Nein, das ist es nicht! Die SPÖ hat sich von sozialer Politik schon lange verabschiedet. Aber das müssen Sie sich mit Ihren Wählern ausmachen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist auch Faktum, der klassische Asylwerber ist zur Ausnahme geworden, einerseits, weil die meisten nicht herkommen, weil sie wirklich verfolgt werden, sondern weil sie Wirtschaftsflüchtlinge sind, andererseits dass eigentlich so gut wie keiner mehr herkommen dürfte und Österreich so gut wie keinen mehr nehmen müsste, weil alle, die nicht mit dem Flugzeug hierherkommen, kommen über sichere Drittstaaten. Es gilt das Dublin-II-Abkommen. Wir sind umgeben von sicheren Drittstaaten. Der Großteil, mehr als 90, 95 Prozent, kommt nicht mit dem Flugzeug, sondern kommt über sichere Drittstaaten. Da ist schon einmal vieles im Argen, auch in der Verwaltung und der Vollziehung, dass die österreichischen Behörden zwar wissen, dass die Menschen über sichere Drittstaaten kommen, aber hier nicht agieren.

Es ist leider die Wahrheit, Asyl ist das Synonym für Einwanderung in den Sozialstaat geworden. Das ist Faktum. Es ist das Synonym dafür geworden, dass jeder weltweit weiß, dass Wien mittlerweile als Weltsozialamt fungiert. Das kann aber nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Haha!*) - Herr Maresch, genau Sie wollen das! Wien soll als Weltsozialamt und als Weltgesundheitsamt fungieren und die Menschen können es zahlen! Das ist genau die Politik der GRÜNEN! (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Alle!*) Sie betreiben hier gutmenschliche Politik. Aber wissen Sie, was Gutmenschlichkeit bedeutet? Solange der Steuerzahler zahlt, ist gut Sein menschlich. Das ist gutmenschlich. Aber das ist genau das, was wir Freiheitliche abstellen wollen, weil es kann nicht sein, dass der Steuerzahler weiter dafür in die Tasche greift. (*Beifall bei der*

FPÖ.)

Aber, Herr Maresch, da Sie weiterhin in Ihrer Utopiewelt leben - das sei Ihnen unbenommen -, ein paar Zahlen, Daten und Fakten, weil es lässt sich mit Zahlen ein System recht gut bereiten, wie auch schon in Goethes Faust geschrieben steht. Wir haben gestern den Medien entnehmen können, dass die Rot-Weiß-Rot-Karte kaum genutzt wird. Rund 1 500 Menschen sind im letzten Jahr über die Rot-Weiß-Rot-Karte zugewandert. Das war ein Angebot für eher höherqualifizierte Menschen, auch eine Zuwanderungshürde, die vom Gedanken her nicht so schlecht ist. Die Frage ist immer nur: Wie wird das Ganze vom Grundgedanken her vollzogen? Wir haben leider nicht solche Regeln wie in Kanada oder in Neuseeland oder in Australien, wo es wirklich so ist, dass nur die Menschen kommen, die auch gebraucht werden. Aber nur 1 500 Menschen sind auf Grund dieser Rot-Weiß-Rot-Karte zugewandert, dazu noch einmal 1 200 Menschen als Familienangehörige. Also nicht einmal 3 000 Menschen sind auf Grund der Rot-Weiß-Rot-Karte zugewandert. Wir haben aber in Österreich eine Nettozuwanderung von 43 000 Menschen, wenn man die Asylwerber und andere als Zuwanderer dazuzählt, was eigentlich rein rechtlich ein Fehler ist. Aber reden wir einmal davon, wie viele Menschen insgesamt nach Österreich kommen. 43 000 Menschen kommen aus Nicht-EU-Ländern nach Österreich. Davon kann man 3 000 wegzählen wegen der Rot-Weiß-Rot-Karte. Es bleiben 40 000 Menschen, die auf Grund von Asyl oder Familienzusammenführung kommen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Asyl ist kein Zuwanderungstitel. Asyl ist Recht auf Zeit. Solange ein Verfolgungsgrund vorliegt, ist den Menschen Schutz zu gewähren. Aber kaum fällt der Verfolgungsgrund weg, so ist es bitte zu prüfen und festzustellen, der Mensch ist nach Hause zu schicken und ist gerne eingeladen, seine Heimat wieder aufzubauen und dort bessere Verhältnisse zu schaffen, so wie es unsere Vorfahren auch hier in Österreich gemacht haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben im Prinzip ganz klare Botschaften in den letzten Wochen zur Kenntnis nehmen können. Die Anzahl der Asylwerber ist im vergangenen Jahr weiter gestiegen, im Vergleich zu 2011 um 20,8 Prozent oder 3 000 Menschen. Das sind die Zahlen des Innenministeriums. Wir wissen auch, dass die Stadt Wien die Quote um mehr als 40 Prozent übererfüllt. Das ist die Quote, die laut 15a-Vereinbarung jedem Bundesland zugewiesen ist. Also, Wien erfüllt die Quote um 50 Prozent über. Wir wissen weiterhin gleichzeitig - das sagt der Rechnungshof -, dass Wien unrechtmäßig Steuer- und Gebührengeld für Illegale und deren sogenannte Hilfsvereine zum Fenster hinauswirft. Das sind alles Fakten, schwarz auf weiß, vom Innenministerium und vom Rechnungshof. Aber trotzdem wird weiter auf Kosten der Steuerzahler eine Politik betrieben, die im Endeffekt nichts anderes als eine weitere Einladung an Asylbetrüger und Wirtschaftsflüchtlinge bedeutet. Das werden wir Freiheitliche spätestens 2015 abstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie es nicht tun!

(Beifall bei der FPÖ.)

Darum geht es auch. Es geht im Endeffekt um den effizienten Einsatz von Steuer- und Gebührengeldern. Es geht um die Kontrolle damit. Was passiert damit? Wurde das unrechtmäßig ausgezahlt? Wird es dann zurückverlangt? Das ist genau das Thema der heutigen Sitzung, wo auch Wien sich als Land oder auch Gemeinde mit-schuldig macht, dass im Endeffekt Steuergelder für ein betrügerisches, mafiöses System verprasst werden.

Es trägt das System die Hauptschuld, das System, das hier in Österreich ist, natürlich auch in Kollaboration mit Schlepperbanden, teils bewusst oder unbewusst aus naiven Motiven. Das System trägt die Hauptschuld, nicht der Einzelne, der hierher kommt, der natürlich wirklich arm ist. Ich meine, wer nach Österreich kommt, kommt ja deswegen, weil er arm ist und weil er weiß, hier geht es ihm besser und er bekommt alles mir nichts dir nichts in die Tasche gesteckt. Deswegen kommen die Menschen her, weil sie das System vorfinden. Das System ist hier in Österreich. Wir kritisieren das System. Und das System besteht aus der Politik hier in Wien, aus der Politik auf Bundesebene, aus Vereinen, aus Rechtsanwälten, aus Journalisten und so weiter. Das ist das System, das sich selbst deckt und im Endeffekt genau diese mafiösen Machenschaften schützt und vorantreibt. Der Einzelne ist nicht schuld. Der einzelne Mensch trägt hier keine Schuld oder zumindest kaum eine Schuld. Es sind die vielen Akteure, die das System ausmachen. Das System funktioniert perfekt. Das System funktioniert gewerbsmäßig. Es funktioniert vergleichsweise auch mafiös.

Damit sind wir schon bei der großen politischen Lebenslüge hier in Wien und in Österreich. Alles, was Asyl betrifft, ist automatisch einmal hoch und heilig. Man darf es nicht angreifen. Ein Tabuthema ist die Menschlichkeit, die hier zum Zug kommt. Die Menschlichkeit ist wichtig, ist wirklich wichtig. Aber die Menschlichkeit bräuchten diejenigen, die wirklich verfolgt werden und Schutz brauchen, aber nicht diejenigen, die betrügerisch mit Hilfe eines Systems versuchen, sich hier einzunisten und bis an ihr Lebensende von Sozialleistungen in Österreich leben wollen. Damit muss Schluss sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Sozialmissbrauch muss Schluss sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Frage ist: Cui bono? Wem nützt das? Wer ist der Profiteur dieses ganzen Systems? Wer ist der Profiteur der Menschlichkeit, der hehren Ziele der Heiligkeit hier betrieben wird? Der wahre Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine ganz unbändige Profitgier, eine Profitgier von Vereinen, eine Profitgier von diversen Rechtsanwälten, die hier beteiligt sind, eine Profitgier von Einzelakteuren! Das ist der wahre Hintergrund! Und das ist schäbig, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist Turbokapitalismus auf dem Rücken der Ärmsten und Armen! Das wird von der SPÖ und von den GRÜNEN vorangetrieben! Das ist wirklich schäbig, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das war einmal die eine Seite der Motivation.

Aber zweiter Hintergrund ist natürlich die Gier nach Wählerstimmen. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) - Sie lachen! Ich meine, es ist schön, dass Sie sich selbst auslachen, obwohl der Fasching vorbei ist. Ich finde das ganz nett. Aber es ist die Gier nach neuen Wählerstimmen, weil Ihnen die Wähler in Scharen davonlaufen! (*Abg Mag Rüdiger Maresch: So ein Blödsinn!*) Sie wollen ja nur eines. Sie wissen ganz genau, nach sechs Jahren kann ein Asylant laut Staatsbürgerschaftsgesetz Antrag auf Staatsbürgerschaft stellen. Das ist schneller als bei einem normalen Zuwanderer. Nach sechs Jahren. Das ist genau der Hintergrund. Sie wollen am liebsten durch die Unterstützung der Akteure in der Votivkirche genau diese Frist abschaffen. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie reden schon einen Unsinn!*) Sie wollen, dass jeder Fluchtgrund auch anerkannt wird, egal, ob jetzt einer traumatisiert ist, weil in Pakistan sein Rad umgefallen ist. Das wäre auch ein Fluchtgrund für Sie. Oder vielleicht fühlt er sich von bösen Geistern einer nigerianischen Naturreligion verfolgt. Das ist bitte kein Schmä. All das ist aktenkundig bei Asylrichtern, Herr Maresch.

Das kann es ja wohl nicht sein, dass hier Menschen irgendeinen Grund angeben und dann mir nichts dir nichts nach Österreich wandern können, sich in die Votivkirche begeben und dann sagen, sie sind im Leo, weil die GRÜNEN da sind und sie auffangen! Das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Die Abgeordneten der FPÖ-Fraktion halten Schautafeln mit dem Text "ASYLBETRUG ist ein VERBRECHEN - Alle Unterstützer sind Beitragstäter! - FPÖ" in die Höhe.*) Wir sagen, Asylbetrug ist ein Verbrechen und jeder Beitrags-täter ist Mittäter, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie sich das hinter die Ohren schreiben!

Das ist genau Ihr Ziel. Jeder Fluchtgrund soll anerkannt werden. Was kommt dann? Was ist die Konsequenz? Jeder kommt nach Österreich. Die GRÜNEN warten schon hechelnd auf Wählerstimmen. Die Vereine warten schon hechelnd auf Eurobeträge seitens der Steuerzahler. Dann findet die Betreuung durch die Vereine statt. Das bedeutet natürlich einen gewaltigen Umsatz für die Asylindustrie, die Sie hier unterstützen. Gleichzeitig begeben sich automatisch die betreuten Asylwerber oder Scheinasylanten durch die Betreuung in den Vereinen in eine dauerhafte Abhängigkeit von roten und grünen Vereinen, die mit Steuergeldern subventioniert werden. Das ist genau die Intention! Was ergibt das dann? Ihre Forderung: Ausländerwahlrecht für alle, Drittstaatsangehörige sollen wählen dürfen. Das wurde einmal vom Verfassungsgerichtshof gekippt. Oder auch eine frühere Einbürgerung ist genau das, was Sie wollen. Sie wollen gleich jeden, der herkommt, mir nichts dir nichts einbürgern. Das sind dann Ihre Wähler der Zukunft, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese beiden Intentionen, Profitgier und Gier nach Wählerstimmen derer, die illegal nach Österreich gekommen sind, sind schäbig! Es kann nicht sein, dass Sie ein ganzes Land für zwei schäbige Intentionen, die Sie hier betreiben, in Geiselnahme nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das kann es wirklich nicht sein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Man braucht nur die jüngsten Beispiele aufzuzählen, die wir in den letzten Tagen den Medien entnehmen konnten. Das sind nur die jüngsten Beispiele, die aktuellsten Beispiele:

Ein afghanischer Familienclan, wo alle Mitglieder so-gar anerkannte Asylanten waren. Daran sieht man auch, dass natürlich anerkannte Asylanten nicht automatisch heilig sind, weil sie haben sich anscheinend den Asylstatus mit der Vortäuschung falscher Fluchtgründe erschlichen. Die Behörden waren dann leider so naiv und haben das geglaubt. Also, Mitglieder eines Familienclans, anerkannte Asylanten, schleppten von Wien aus seit 10 Jahren insgesamt mehr als 5 000 Landsleute vom Iran nach Österreich oder auch nach ganz Europa. Dafür haben die Kriminellen jedem Scheinflüchtling, jedem Wirtschaftsflüchtling 8 000 bis 10 000 EUR abgepresst. Soviel auch zum Turbokapitalismus in der Asylindustrie. Das heißt, der Verdienst des Clans, der eindeutig eine mafiöse Vereinigung im Zusammenspiel mit vielen Vereinen und Akteuren in Österreich ist, lag in diesen 10 Jahren bei insgesamt fast 50 Millionen EUR. Die Hauptquartiere der Mafiosi waren Luxusgemeindewohnungen mit 120 m² Größe, zur Verfügung gestellt vom roten Wien. Da gab es natürlich eine Rundumbetreuung durch dubiose Vereine, in deren Vorständen hauptsächlich rote und grüne Funktionäre sitzen, eine kostenlose Gesundheitsversorgung und monatliche Geldüberweisungen in Form der Grundversorgung. Wenn es nach den GRÜNEN und auch Teilen der SPÖ und den Besetzern der Votivkirche geht, dann hätten sie auch noch Gratis-Öffis, Gratis-Satelliten-TV und Gratis-Internet gehabt. Auch das wäre möglich, wenn sich diese politischen Erpresser in der Votivkirche durchsetzen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Aber die Menschen leben in Saus und Braus, während die Wienerinnen und Wiener von Rot und Grün für ein Zusatzeinkommen für genau diese Menschen zur Kasse gebeten werden! Das kann es wohl nicht sein! Warum gibt es denn die Gebührenerhöhungen der letzten Jahre? Damit genau diese Asylbetrüger und Scheinasylanten durchgefüttert werden können! Das gilt es abzustellen! Auch das wird der Wähler mit uns Freiheitlichen abstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Gott sei Dank hat die Polizei - herzliche Gratulation auch an dieser Stelle - diesem Spuk ein Ende bereitet. Die Bilanz bisher: Sieben dieser Kriminellen sitzen im Gefängnis. Zwei warten auf ihren Prozess. Drei Bandenmitglieder sind auf der Flucht, unter ihnen auch der Mafiaboss, der sich mit 300 000 EUR abgesetzt hat. Das ist einmal der eine Fall, der aufgefliegen ist, also ein mafiöses Netzwerk über zehn Jahre, das sich am Leid von Menschen und an der braven Steuer- und Gebüh-renzahlung der Wiener bereichert hat.

Der nächste aktuelle Fall, der einen Tag später medial aufgefliegen ist, ist ein Syrer, der mit falschen türkischen Dienstpässen Hunderte seiner Landsleute ins Land geschleust hat. Für ihn haben die Handschellen geklickt.

Das ist aber alles nur die Spitze des Eisberges, werte

Kollegen! Es ist die Spitze des Eisberges, die hier aufgefliegen ist! Es ist im Endeffekt eine Asylmafia, eine Asylindustrie, wo Gutmenschenvereine Hand in Hand mit Schlepperbanden agieren, teils wissentlich, teils naiv aus hehren gutmenschlichen Gründen, wo im Endeffekt Scheinasylanten, Wirtschaftsflüchtlinge, Armutsflüchtlinge, Gesundheitsflüchtlinge nach Österreich kommen und die Asylbetrüger hier fröhliche Urstände feiern. Ich sage Ihnen, auch Kleinvieh macht Mist. Es gilt natürlich für alle Asylbetrüger, weil diese beiden Fälle nur die Spitze des Eisberges war, das große Unwort der letzten Jahre, es gilt die Unschuldsvermutung. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Das kennt ihr gut! Das steht bei euch immer wieder drinnen!)* Ich sage Ihnen, es gibt viele, für die noch die Unschuldsvermutung gilt. Für den Herrn Maresch gilt sie auch. Aber für viele Wirtschaftsflüchtlinge gilt die Unschuldsvermutung auch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das bringt mich auch schon auf die wirklich unverschämten Laiendarsteller in diesem Orgienmysterientheater in der Votivkirche, das sich mittlerweile schon seit vielen Wochen abspielt. Es hat schon tragisch-komische Züge. Die Löwingerbühne war gestern, heute haben wir die besetzte Votivkirche. Das sind doch durch die Bank illegale, deren Asylansuchen bereits längst rechtskräftig abgelehnt wurden oder andere, die dort sitzen, deren Identitäten den Behörden in Österreich schlichtweg unbekannt sind. Erst vorgestern wurde einer dieser Herrschaften in Schubhaft genommen. Zwei wurden schon abgeschoben. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich hier diverse Akteure, wie auch Werner-Lobo und Akkilic oder ein Herr Eberl aus Deutschland, eine gewisse Hetz machen wollen und eine Seifenkomödie aufziehen: „Österreich sucht den Superasylanten.“ Sie sitzen alle in der Votivkirche. Die Öffentlichkeit schaut zu. Immer wenn der Fotoapparat oder die Kamera kommt, dann wird die Votivkirche besetzt, weil sie sitzen eigentlich irgendwo daneben im warmen Stübchen bei einer guten Verpflegung. Und alle zwei Wochen wird einer hinausgewählt und abgeschoben. Aber hinausgewählt werden sie nicht vom Publikum, sondern von der Fremdenpolizei, die hier mehr oder weniger eine schwierige Arbeit macht, weil sich leider die Kirche dagegen sträubt und weil es hier politische und gutmenschliche Rücksichtnahmen auf in Wirklichkeit Asylbetrüger gibt, die sich in einer katholischen Kirche breitgemacht haben, dort aber nichts verloren haben, weil sie durch die Bank Muslime sind! Das ist hier die nächste Frechheit, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. - Die Abgeordneten der FPÖ halten neuerlich die zuvor beschriebenen Schautafeln in die Höhe.)*

Aber, Herr Maresch, Ihre Freunde sind auch wirklich kreativ. Sie haben den Herrn Bundespräsidenten zum Essen eingeladen. Mittlerweile sucht Österreich nicht nur den Superasylanten, sondern es wird auch das perfekte Promidinner inszeniert. Das ist wunderschön. Ich stelle mir das sehr romantisch vor, bei Kerzenschein und Urin-gestank in der Votivkirche. Aber bitte, jeder soll sich sein eigenes Bild machen. Ich sage Ihnen, die Räumung der Votivkirche und die Abschiebung der Menschen, die sich

zwei Stunden am Tag darin aufhalten, nämlich dieser Leute, die Sie unterstützen, ist längst überfällig! Wir Freiheitlichen werden, wenn wir in der Regierung sind, dafür sorgen, dass solche Menschen bei uns keinen Unterschlupf finden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber wenn wir schon bei den Asylbetrügern sind, dann müssen wir natürlich auch über eine der größten Gruppen sprechen, die in Österreich jedes Jahr um Asyl ansucht. Das ist die Gruppe der offiziell Russen, die in dem Fall, wenn man genau hinschaut, zu fast 100 Prozent Tschetschenen sind. *(Abg Senol Akkilic: Sind Sie Demokrat?)* - Herr Akkilic, haben Sie gewusst, dass sich fast die Hälfte der in der EU befindlichen Flüchtlinge aus Tschetschenien in Österreich befindet? Schon interessant! *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie sind der Freund vom Kadyrow!)* Wissen Sie, warum? Weil es genau solche Leute wie Sie gibt, die sie anlocken, mit unter anderem auch meinen und unser aller Steuergeldern, und ihnen irgendwie vorspielen, dass hier Milch und Honig fließen! Herr Akkilic, das ist der Grund, warum sich die Hälfte der in der EU befindlichen Tschetschenen in Österreich befindet! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Senol Akkilic: Kadyrow!)*

Aber was Sie natürlich auch nicht wissen, zumindest nicht wahrhaben wollen, weil es nicht in Ihre gutmenschliche Welt der Utopie passt, es fahren einige Tausende dieser wirklich ganz dramatisch verfolgten Asylwerber aus Tschetschenien pro Jahr im Sommer für zwei bis drei Monate auf Sommerfrische, auf Sommerurlaub in die Heimat, wo sie angeblich verfolgt werden. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Ich sage nur Kadyrow!)* Das ist auch interessant, Herr Akkilic. Das wollen Sie natürlich nicht sehen. Natürlich nehmen sie das Geld, das sie hier bekommen, durch Grundversorgung und was auch immer, in die Heimat mit und bauen dort ihre Häuser, unterstützen die Familien. Alles menschlich verständlich für die Menschen dort, aber nicht für die Österreicher hier! So etwas muss abgestellt werden! Da braucht es keine falsche Menschlichkeit von einem Herrn Akkilic! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Rüdiger Maresch: Das ist keine falsche Menschlichkeit!)*

Herr Maresch, 3 100 Menschen haben letztes Jahr aus Russland um Asyl in Österreich angesucht. Davon ist klar, dass mehr als 90 Prozent aus Tschetschenien sind, beziehungsweise mache ich eine Einschränkung, ich gebe Ihnen recht, mittlerweile sagen Russen aus anderen Teilrepubliken, wenn sie nach Österreich kommen: „Ich bin Tschetschene.“, weil sie wissen, dass jeder Tschetschene sofort genommen wird. Super! Das ist Ihr Werk, Herr Akkilic! Bravo! Gratulation!

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Abgeordneter, bitte keine Zwiegespräche, sondern die Rede an den Landtag. - Danke.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Danke, Herr Präsident.

Da sieht man genau, wie es funktioniert. Kaum sagt einer, er ist Tschetschene, wird er sofort hier in Unterkunft genommen, bekommt die Grundversorgung und alles ist perfekt. Er ist im Leo, weil es die Grünen und die Roten gibt, die ihn hier mit offenen Händen empfangen.

Da gibt es Fälle, wo man weiß, sie sind in Wirklichkeit aus Dagestan oder aus Ossetien oder aus benachbarten Teilrepubliken, aber keine Tschetschenen. Es ist auch wirklich interessant, dass zum Beispiel die Schweiz und Deutschland, wenn ein Tschetschene um Asyl ansucht, das gar nicht mehr behandelt. Die Schweizer behandeln keinen tschetschenischen Asylwerber mehr, weil sie genau wissen, dass es reine Wirtschaftsflüchtlinge sind, weil sie genau wissen, dass nur ein ganz geringer Bruchteil vielleicht verfolgt wird und der Großteil einfach nur hierherkommt, weil sie Wirtschaftsflüchtlinge sind.

Eine kleine Information auch für die GRÜNEN: Bis zu 90 Prozent der tschetschenischen Asylwerber, die nach Österreich kommen, kommen nicht direkt nach Österreich. Das ist ganz klar. Die wenigsten werden fliegen. Sie kommen über den Landweg. Da sind wir wieder einmal umgeben von sicheren Drittstaaten. Bis zu 90 Prozent der Tschetschenen kommen aus einem Asylaufnahmezentrums in Polen. Das ist sogar teilweise den österreichischen Behörden bekannt, nur tun sie nichts. Eigentlich müssten sie sie auf Grund des Dublin-II-Vertrages nach Polen in genau dieses Asylaufnahmezentrums zurückschicken. Sie kommen aus Polen natürlich nicht über den Luftweg, sondern wiederum über die Slowakei oder Tschechien. Das sind alles sichere Drittländer. Aber natürlich gilt das nicht nur für Tschetschenen. Wie schon gesagt, es kommen mindestens 95 Prozent der Asylwerber, die in Österreich um Asyl ansuchen, natürlich über den Landweg und nicht über den Luftweg, sprich, über sichere Drittländer. Genau solche Menschen unterstützen Sie und die Menschen in Österreich müssen dafür zahlen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine weitere Information für die Nichtwissenden hier im Raum, die sich auf der Seite befinden *(Der Redner zeigt in Richtung Grüne Fraktion.)*, weil sie in einer utopischen Welt leben. Es gibt mittlerweile nicht nur den angeblichen Flüchtlingsgrund der Armutflüchtlinge oder der Wirtschaftsflüchtlinge - das sind natürlich keine Fluchtgründe, wir wissen es -, es gibt mittlerweile auch den wirklich sehr oft in Anspruch genommenen inoffiziellen Flüchtlingsgrund, den Gesundheitsflüchtling. Mehr als 50 Prozent der Flüchtlinge aus Tschetschenien, aus Russland, kommen deswegen, weil sie bei uns in Wien und in Österreich eine kostenlose medizinische Versorgung erhalten. Das wird sogar angegeben in den Vernehmungsprotokollen: "Ich komme deswegen, weil meine Niere kaputt ist. Ich brauche eine neue." - Das steht dort alles schwarz auf weiß. Es ist unglaublich, aber wahr! *(Heiterkeit bei Abg Senol Akkilic.)* - Das finden Sie lustig! Sie haben überhaupt keine Ahnung! *(Abg Birgit Hebein: Unerhört!)* Sie beschäftigen sich hier nicht mit den Sachen! Sie können nur lachen, aber Hauptsache der Steuerzahler kann dafür zahlen, was Sie verursachen! Das ist schäbig, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber keine Sorge, ich weiß schon, Sie lachen aus Verlegenheit. Deswegen keine Sorge, Verlegenheit verstehe ich bei Ihnen. *(Abg Senol Akkilic: Sie sind so lustig!)* Man kann nur verlegen werden bei diesen Zahlen,

Daten und Fakten. *(Abg Birgit Hebein: Das ist eine Schande!)* Sie lassen sich auf Kosten der Steuerzahler und Beitragszahler behandeln. Darunter sind die schwersten Krankheiten wie Krebs. Es sind mittlerweile auch aktenkundig einige wenige Fälle von AIDS, schwarz auf weiß, oder Behinderungen oder erkrankte Organe, wie schon gesagt, die eine Transplantation erfordern. Das sind alles, bitte, arme Schicksale, nur ich verstehe trotzdem nicht, warum Österreich, warum Wien Weltsozialamt und Weltgesundheitsamt für alle spielen muss, wo andererseits die Leistungen im eigenen Land gekürzt werden, andererseits sich Menschen in Wien immer mehr in Armut befinden, wo der Heizkostenzuschuss um, ich weiß nicht, in Wirklichkeit läppische 6 Millionen EUR gestrichen wurde. Das ist bei einem Gesamtbudget von 12 Milliarden EUR nichts. Aber man wollte um die 6 Millionen EUR Asylbetrüger unterstützen oder eine Volksbefragung bewerben. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Wie wäre es, wenn ihr das Geld von der Telekom zurückgeben würdet?)* Das sind Ihre Prioritäten! So kann es nicht weitergehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Mag Rüdiger Maresch: Warum werden die Millionen von der Telekom nicht zurückgegeben? Wo ist das Geld von der Telekom? Was ist mit dem Hohegger? Warum gibt ihr das Geld nicht zurück?)*

Ich weiß nicht, sind wir jetzt bei der Telekom? Herr Maresch, Themenverfehlung! Wenn sich ein Schüler in der Schule so aufführen würde wie der Herr Maresch, dann würde er in die Ecke gestellt werden. Das geht leider hier nicht, aber bitte, lassen wir das so! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Godwin Schuster: Kollege Gudenus, Sie wissen, dass wir nicht zuständig für die Asylgesetze sind!)* - Herr Kollege Schuster, melden Sie sich nachher zum Wort.

Man sieht an diesen Zahlen, Daten und Fakten, Asylbetrug ist nicht nur Unrecht, es ist ein Verbrechen und alle Beitragstäter sind Mittäter. Aber die Frage ist: Warum kommen die ganzen Menschen zu uns? Warum kommen sie so gerne hierher? *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Weil sie so gern den Gudenus hören!)* Weil in Österreich und in Wien die besten Voraussetzungen vorhanden sind. Wien fungiert wie ein Magnet für genau diese Menschen. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie stehen alle auf den Gudenus!)* Genau das hat der Rechnungshof auch festgestellt, wie ungeniert die SPÖ das Füllhorn ausschüttet. Egal, ob jemand tatsächlich verfolgt wird oder einfach nur Fluchtgründe vortäuscht, es wird ungeniert das Füllhorn der Steuerzahler, der Menschen dieser Stadt, über diese Menschen, die kommen, ausgeschüttet und die Menschen können sich in die soziale Hängematte legen. Das sagt der Rechnungshof. *(Die FPÖ-Abgeordneten halten wieder die Schautafeln in die Höhe.)* Der Rechnungshof sagt das schwarz auf weiß. Er hat Ende des vergangenen Jahres aufgezeigt, das ist nur ein kleines Beispiel, dass 240 000 EUR unrechtmäßig an diverse Vereine ausgezahlt wurden. Bitte, nur die Spitze des Eisbergs, nur ein Teilaspekt. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Wo ist das Geld von der Telekom?)* Aber die Prüfer haben vor allem gravierende Abwicklungsfehler

bei der Grundversorgung für Asylwerber festgestellt. Der Hauptvorwurf des Rechnungshofes ist, weil im Fonds Soziales Wien Daten aus dem Finanzministerium fehlen, können Flüchtlinge sowohl den Betrag für die Grundversorgung als auch die Familienbeihilfe ohne Abzüge beziehen. Das ist ganz klar gesetzeswidrig! Das sagen Sie bitte auch einmal ganz klar Wienerinnen und Wienern, die dieses Geld nicht haben! Erklären Sie das den Menschen! Gehen Sie hinaus, erklären Sie den Menschen, dass hier über den Fonds Soziales Wien die Wienerinnen und Wiener weniger bekommen als Asylbetrüger! Erklären Sie das den Menschen! Das ist Ihre Politik! Sie werden die Rechnung dafür früher oder später präsentiert bekommen, 2013 bei der Nationalratswahl, 2015 bei den Wiener Wahlen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie werden die Rechnung präsentiert bekommen!

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Entschuldigen Sie, Herr Abg Gudenus, dass ich Ihnen ins Wort falle, aber ich ersuche, die Schautafeln aus Sicherheitsgründen zu entfernen *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* von den Gängen. Sie haben sie in den Gängen abgestellt. Ich bitte Sie, diese in die Bankreihen einzubringen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Dann stellen wir sie obenauf!)*

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Diese auch? *(Der Redner verweist auf die vor ihm auf dem Rednerpult stehende Schautafel.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Das ist nicht auf einem Gang. Das werden Sie auch wissen. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS *(fortsetzend)*: Danke, Herr Präsident.

Die Wahrheit ist oft leider ein Sicherheitsrisiko, weil, wie gesagt, es gibt Leute, viele hier im Saal, die die Wahrheit nicht hören wollen! Die Wahrheit kann oft weh tun. Es ist und bleibt die Wahrheit, Asylbetrug ist ein Verbrechen und alle Beitragstäter sind Mittäter! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auf Grund allein dieses zitierten Falles ist ein Schaden von 7,1 Millionen EUR entstanden, übrigens ziemlich genau die Summe, wo den Menschen jetzt der Heizkostenzuschuss weggestrichen wurde, wo die Menschen frieren müssen. Die Stadt Wien hat es absichtlich oder aus einer unfassbaren Schlampigkeit heraus, nämlich einer Schlampigkeit im Umgang mit Steuergeldern, verabsäumt, diese Leistungsbezüge zu kontrollieren und entsprechende Nachforschungen anzustellen. Das sagt der Rechnungshof schwarz auf weiß. Es gibt keine Kontrolle.

Es ist auch schon länger bekannt, dass sich viele Asylwerber mit falschen Dokumenten den Aufenthalt in Österreich erschleichen oder sogar mehrere Anträge in verschiedensten EU-Staaten gleichzeitig stellen, um sich damit gleich mehrere Tausende Euro monatlich als Geldgeschenk zu sichern. Diese Art des Betrug hat mittlerweile auch schon eine wissenschaftliche Bezeichnung. Es wird Asyl-Shopping oder Asyltourismus genannt. Genau das sind Sachen, die eigentlich abgestellt gehören. Warum? Weil die echten Asylwerber, die wirklich verfolgt werden, damit unter die Räder kommen. Weil im Endeffekt auf Grund dieser massenhaften Klein-

betrüger, gedeckt durch ein großes System, diejenigen, die es wirklich ernst meinen, die arm sind, die wirklich verfolgt werden, in einen Topf geworfen werden, in den sie eigentlich nicht gehören. Wir sagen, wer echt verfolgt wird und nicht über den Landweg kommt, hat es verdient, in Österreich Schutz auf Zeit zu bekommen, solange der Verfolgungsgrund vorliegt. Das ist für uns auch ein ganz hehres Ziel, das wir weiter verfolgen wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist weiters auch bekannt, dass rechtskräftig negativbeschiedene Asylwerber, die mittlerweile illegale Einwanderer sind, in Wien weiterhin in der Grundversorgung bleiben. Das heißt, Illegale bekommen auf Kosten der Steuerzahler die Grundversorgung weiterhin ausbezahlt, obwohl sie längst automatisch aus dieser herausfallen müssten. Da sieht man auch, dass dieser Sozialmissbrauch von oben nicht nur geduldet, sondern auch von oben gefördert wird.

Es gibt auch Fälle, wo es immer neue Varianten zu den Fluchtgeschichten aus dem ehemaligen Heimatland gibt, wo dann Folgeanträge gestellt werden und beim nächsten Folgeantrag vor der Asylbehörde ein ganz anderer Fluchtgrund angegeben wird, wo ganz klar ersichtlich ist, erstens wurden sie von roten und grünen Asylhelfervereinen beraten, um einen Grund anzugeben, der vielleicht asylwürdig ist, aber es impliziert gleichzeitig, dass der Asylgrund, der im ersten Verfahren angegeben wurde, in Täuschungsabsicht und somit auch in betrügerischer Absicht abgegeben wurde. Das kann es in Wirklichkeit in Zukunft nicht mehr geben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stellen daher einen Antrag, den ich heute hier einbringen will, weil es ganz klar ist, dass das alles dem Wiener Grundversorgungsgesetz diametral widerspricht, dem Grundversorgungsgesetz, das für die Gewährung der Leistungen der Grundversorgung an einen angeblich hilf- und schutzbedürftigen Fremden einen Hauptwohnsitz oder zumindest einen tatsächlichen Aufenthaltsort auch in Wien vorschreibt. Der ganze Wahnsinn geht zu Lasten der Wienerinnen und Wiener. Ich bringe heute einen Antrag ein, in dem wir den mit dem Geld der Bürger so spendablen Landeshauptmann auffordern, unter Einbindung der zuständigen Mitglieder der Landesregierung sowie der Magistratsdienststellen, der Landespolizeidirektion und des Fonds Soziales Wien umgehend alle nötigen Schritte zu setzen, damit die Einhaltung des Wiener Grundversorgungsgesetzes und damit auch die rechtskonforme Auszahlung der Grundversorgungsleistung in Wien durch Kontrollen sichergestellt wird. Zudem, so wie es auch in anderen Bundesländern gehandhabt wird, wie zum Beispiel in der Steiermark, sollten bisher zu Unrecht bezogene Leistungen wieder zurückgefordert werden, meine sehr geehrten Damen und Herren. Diesen Antrag bringe ich hier und heute ein, weil ich sage auch ganz deutlich, wir haben nichts zu verschenken.

Ein Landeshauptmann und Bürgermeister, der eine weitere Grundversorgungsleistung an Illegale, so ein System, weiterhin fördert, ist es nicht wert, weiterhin hier Landeshauptmann und Bürgermeister zu sein! Ceterum

censeo, übrigens meine ich, dieser Landhauptmann sollte zurücktreten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Ich eröffne die Debatte. Für die folgenden Wortmeldungen merke ich an, dass die Redezeit der Erstredner für jede Fraktion 30 Minuten beträgt und die Redezeit jedes weiteren Redners mit 15 Minuten begrenzt ist. Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Ulm. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gleich zu Beginn ist es mir ein großes politisches wie persönliches Anliegen, einen Satz des Herrn Klubobmannes Gudenus zurückzuweisen, der gefallen ist, von dem ich mir denke, er ist in der Hitze seines Redebeitrages gefallen. Ich bin gar nicht so sehr davon überzeugt, ob er das wirklich so meint. Aber Sie haben tatsächlich gesagt, Muslime haben in einer Kirche nichts zu tun (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Als Besetzer, meine ich!*), und zwar deshalb, weil sie Muslime sind. So ist dieser Satz gefallen. Das ist natürlich strikt zurückzuweisen! Selbstverständlich dürfen Muslime Kirchen besuchen, wenn sie sich dort anständig benehmen (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Besetzen! Hineinurinieren!*), genauso wie Christen, die sich dort genauso anständig benehmen müssen, oder Personen ohne Bekenntnis.

Sie sagen, Asylbetrug ist ein Verbrechen. Das kann man in dieser Allgemeinheit weder politisch noch juristisch sagen. Nicht jeder abgelehnte Asylweber ist ein Verbrecher, aber Asylbetrug kann ein Verbrechen sein. Wenn mit gefälschten Dokumenten gearbeitet wird, kann der Straftatbestand der Urkundenfälschung oder des Betrugs vorliegen. Das ist allerdings im Einzelfall von den zuständigen Behörden der Staatsanwaltschaft und von den Gerichten zu beurteilen und es ist zu untersuchen, ob eine persönliche Schuld eines Einzelnen vorliegt, auf welcher Seite auch immer. Ein System an sich kann nicht verurteilt werden.

Sehr geehrter Herr Klubobmann, wenn Sie tatsächlich bestehende Probleme und Missstände in Wien überzeichnet darstellen, dann führt es dazu, dass berechtigte Kritik nicht in dem Ausmaß ankommt, wie sie ankommen sollte. Das ist schade, denn konstruktive Kritik wäre tatsächlich berechtigt. Man kann es der Freiheitlichen Partei sicherlich nicht in Abrede stellen, dass es eine missbräuchliche Vergabe von Grundversorgungsleistungen in Wien gibt und dass es auch Asylbetrug gibt.

Aber bevor ich inhaltlich in die politische Debatte einsteige, möchte ich etwas zur Situation in der Votivkirche sagen. Ich hatte gestern Gelegenheit, mir persönlich ein Bild davon zu verschaffen. Ich sage Ihnen, diese Situation in der Votivkirche ist wirklich nicht mehr länger zumutbar, und zwar weder für die Kirchenbesetzer noch für die Pfarre Votivkirche. Die Störungen, die es dort gibt, sind enorm. Es gibt bereits große finanzielle Verluste für die Votivkirche. Die Votivkirche ist auch eine große Touristenattraktion. Die Touristen bleiben aus. Es gibt bereits diverseste Schäden in der Kirche unterschiedlichster Natur, bis zur Manuale der Orgel. Die gesamte Liturgie, das gesamte spirituelle Leben der Votivkirche ist schwer

beeinträchtigt. Ich möchte an dieser Stelle klar würdigen und anerkennen die Geduld und die Großzügigkeit von Seiten der Pfarrgemeinde, von den Wienerinnen und Wienern, von den Gläubigen, vom Pfarrgemeinderat, vom Pfarrer Dr Farrugia, von der Erzdiözese und den Idealismus würdigen, der von sehr vielen ehrenamtlichen Mitarbeitern aufgebracht wird, sei es aus der Caritas oder von den Johannitern. Ich glaube, es soll hier der Kirche Respekt ausgesprochen werden. Man muss aber an dieser Stelle auch ganz klar sagen, dass man der Kirche aus dieser nicht mehr länger tragbaren Situation eher schnell heraushelfen muss.

Es gibt den Asylbetrug, wie uns erst vor wenigen Tagen das Landeskriminalamt Niederösterreich beispielhaft vor Augen geführt hat. Hier konnte eine Schlepperbande ausgehoben werden dank der erfolgreichen Tätigkeit der SOKO „Schlepperei Nord“, eine Schlepperbande, die durch mehrere Jahre hindurch mehr als 5 000 Afghanen nach Österreich geschleppt hat, und zwar in einer Art und Weise, dass in Athen Papiere gefälscht wurden und die Asylwerber mit falschen Papieren ausgestattet worden sind. Die Polizei kennt diese Vorgänge. Sie agiert, wie wir in den letzten Tagen wieder gesehen haben, immer wieder sehr erfolgreich gegen diese Form der Kriminalität. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Eher sehr zögerlich!*)

Es gibt auch eine mehr als großzügige, nämlich eine missbräuchliche Verwendung von Steuermitteln bei der Auszahlung von Grundversorgungsleistungen in Wien. Auch hier können wir davon ausgehen, dass sich acht Bundesländer und der Rechnungshof nicht irren, sondern dass es wohl eher die Wiener Politik ist, die hier irrt. Zurückzuführen ist diese inkorrekte Auszahlung von Grundversorgungsleistungen in erster Linie darauf, weil bereits negativbeschiedene Asylwerber noch Versorgungsleistungen beziehen. Ich spreche nicht von denen, die nicht abgeschoben werden können, sondern ich spreche von denen, die das Land freiwillig verlassen sollten. Dann ist es natürlich politisch kontraproduktiv, wenn man diese mit Zahlungen und Zuwendungen eher motiviert, zu bleiben, als zu gehen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Es ist völlig unverständlich, dass es in Wien im Jahr 2012 in der Grundversorgung lediglich 376 Zuweisungen des Bundes gegeben hat, aber 2 743 Eigenaufnahmen. In den anderen acht Bundesländern ist das Verhältnis gerade umgekehrt. Man tut sich relativ leichter als Wiener Politiker, und zwar deshalb, weil man es in Wahrheit nicht bezahlt, weil der Bund 60 Prozent der Grundversorgungsleistungen bezahlt und die Länder nur 40 Prozent, aber Wien auch nicht seine ganzen 40 Prozent der Wiener Grundversorgungsleistungen, weil alle gemeinsam für die gemeinschaftlichen Aufwendungen aufkommen (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Die erfüllen alle die Quote nicht! Und darauf ist man auch noch stolz!*), was bedeutet, dass die Leistungen im Ausmaß von 27 Millionen EUR in Wien von der Stadt Wien nur zu 2 Millionen EUR getragen werden müssen.

Jetzt möchte ich mich ein bisschen mit der Grünen Fraktion und mit dem Umstand beschäftigen, dass in der

Vergangenheit, auch in der letzten Landtagssitzung am 7. Jänner, immer wieder Vertreter der GRÜNEN erklärt haben, sie erklären sich solidarisch mit den Forderungen der Kirchenbesetzung und sie unterstützen diese sechs oder noch mehr Forderungen. Es wurde auch die Innenministerin aufgefordert, dafür zu sorgen, dass sich die Kirchenbesetzer legal im Land aufhalten können. Ich sage Ihnen, das grenzt schon an eine Aufforderung zum Amtsmissbrauch. Denn wie soll denn das gehen? Die Frau Innenministerin wird wohl nur auf Grund der Gesetze handeln können.

Vielleicht ist die Rechtslage nicht so ganz einfach und ganz klar. Daher darf ich noch einmal darauf hinweisen, es gibt in einem solchen behördlichen Verfahren nur vier Möglichkeiten, wie entschieden werden kann.

Zunächst ist zu prüfen, ob man beim Asylverfahren überhaupt in die Sache einsteigen kann, oder ob ein Dublin-Fall vorliegt. Die erste Möglichkeit, es gibt einen Dublin-Treffer. Man stellt fest, der Asylwerber hat schon einmal irgendwo in der EU um Asyl angesucht oder kommt aus einem sicheren Drittland. Dann hat selbstverständlich die Abschiebung in dieses Land zu erfolgen, ob nach Ungarn oder sonst wohin. Wir wollen kein Asyl-Shopping haben und wir wollen keine Mehrfachanträge in der EU haben.

Kommen wir dann ins Zulassungsverfahren, stellt sich die Frage, ob der Asylwerber tatsächlich eine Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Flüchtlingskonvention bekommen kann. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention Asylstatus zu erlangen, ist schwierig, weil drei Voraussetzungen vorliegen müssen, erstens die Verfolgung, zweitens wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen der politischen Überzeugung und drittens, der Schutz des Heimatlandes besteht nicht. Liegen diese Voraussetzungen vor, bekommt er den Status nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn das nicht der Fall ist, wird er abgelehnt.

Die dritte Möglichkeit, aber jetzt ist das behördliche Verfahren noch nicht aus, denn es gibt nicht nur die Genfer Flüchtlingskonvention, auf Grund der ein Flüchtling zu beurteilen ist, sondern es gibt auch noch die Statusrichtlinie der EU. Das darf man nicht vergessen. Hier wird festgestellt, ob der Flüchtling subsidiär schutzberechtigt ist. Subsidiär schutzberechtigt heißt, dass er nur zeitweise geschützt ist, nämlich nur für die Dauer, als ihm die Rückkehr nicht möglich ist. Anders ist es bei den Flüchtlingen nach der Genfer Flüchtlingskonvention. Hier ist er im Prinzip grundsätzlich und immer als Flüchtling anerkannt.

Wann kann nun eine Person subsidiären Schutz erhalten? Nach der Statusrichtlinie der EU aus dem Jahr 2004 immer dann, wenn er bei einer Rückkehr in sein Herkunftsland Gefahr laufe, ernsthaften Schaden zu nehmen und ein Schutz des Herkunftslandes nicht besteht. Ernsthafter Schaden ist im Art 15 der Richtlinie definiert. Das ist immer dann der Fall, wenn die Todesstrafe droht, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder eine individuelle Bedrohung des Lebens infolge willkürlicher Gewalt im Zusammenhang eines bewaff-

neten Konflikts, sei er international oder innerstaatlich. (*Abg Senol Akkiliç: Und was ist in Pakistan?*)

Wenn auch feststeht, dass dieser subsidiäre Schutzanspruch nicht besteht, dann ist es immer noch nicht ganz aus. Denn dann kommt es zum Abschiebungsverfahren. Wenn auch das mit der Abschiebung endet, gibt es noch die theoretische Möglichkeit, das humanitäre Bleiberecht zu untersuchen. Das sehe ich jetzt auf den ersten Blick nicht bei den Kirchenbesetzern, aber ich will mir jetzt nicht anmaßen, dass ich das beurteile, ob denen ein humanitäres Bleiberecht zusteht oder nicht, sondern das ist auch Aufgabe der Behörden. (*StR David Lasar: Abgelehnt!*) Ich sage nur, Voraussetzung ist der mehrjährige Aufenthalt im Bundesgebiet, ein intensives Familienleben und ein besonders hoher Grad an Integration.

Es ist über die Forderungen der Kirchenbesetzer schon viel gesagt worden. Ein Thema scheint mir noch ein bisschen unterbeleuchtet zu sein, und zwar ist das die Forderung nach dem sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Da sage ich, ist er anerkannt als Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder anerkannt als subsidiär Schutzberechtigter, dann ist er einem Österreicher gleichgestellt und kann sofort auf den Arbeitsmarkt. Solange er Asylwerber ist, hat er bereits nach drei Monaten, und ich glaube, das ist wirklich sehr rasch, in Deutschland und in Frankreich ist es ein Jahr, die Möglichkeit, eine Arbeit anzunehmen. Ich sage Ihnen nur, das Interessante ist, die Möglichkeit wird nicht oder nur in sehr geringem Umfang in Anspruch genommen. Wie waren die Zahlen im Jahr 2012? Im Jahr 2012 gab es doch tatsächlich 10 665 Arbeitsplätze für Asylwerber, die in Anspruch genommen hätten werden können, und zwar 1 935 im Wintertourismus, 1 400 im Sommertourismus, in der Land- und Forstwirtschaft 4 500 und ausdrücklich als Erntehelfer im Umfang von 2 830. Das ergibt insgesamt 10 665 Arbeitsplätze. Von diesen wurden nur 760 von Asylwerbern in Anspruch genommen. Es gibt also dieses große Interesse und den großen Bedarf nach einer darüber hinausgehenden Öffnung des Arbeitsmarktes nicht.

Zu allen anderen Forderungen ist schon sehr viel gesagt worden. Eine unabhängige Instanz zur inhaltlichen Überprüfung aller negativbeschiedenen Asylverfahren einzurichten, kann man wohl nicht ernsthaft verlangen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Wir haben Behörden, die die Bescheide erlassen und überprüfen. Es entscheidet ein Bundesasylamt in erster Instanz, in zweiter Instanz ein Asylgerichtshof und dann ist noch die Anrufung des Verfassungsgerichtshofes möglich. Selbstverständlich kann es keine Anerkennung von sozioökonomischen Fluchtmotiven geben, denn damit würde man das gesamte Fremden- und Aufenthaltsrecht aus den Angeln heben, das Staatsbürgerschaftsrecht gleich mit und es wäre eine unbeschränkte Zuwanderung möglich. Da kann ich mir auch nicht vorstellen, dass die GRÜNEN das wollen. Es kommt auch immer darauf an, wer herauskommt und etwas sagt. Der Herr Klubobmann Ellensohn, habe ich den Eindruck, schaut dann manchmal betreten zu Boden, die Frau Vizebürgermeisterin auch. Ich bin nicht davon überzeugt, ob es da eine einheitliche

Meinung bei den GRÜNEN gibt, aber das soll nicht meine Sache sein, denn gelten wird wohl das müssen, was die Vertreter der GRÜNEN hier sagen.

Letztendlich ist es eine unverantwortliche Politik, weil sie es, erstens, davon bin ich überzeugt, selber nicht so meinen, wie sie es sagen, zweitens völlig absurd und unumsetzbar ist, aber es ist auch völlig unverantwortlich gegenüber allen Asylwerbern, gegenüber den Kirchenbesetzern und gegenüber den potenziellen Asylwerbern, die sich überlegen, vielleicht doch noch nach Österreich kommen zu wollen, weil es da eine Chance gibt. Es ist unverantwortlich, den Menschen Hoffnungen zu machen, die absolut nicht erfüllbar sind. Mit diesen Hoffnungen, die Sie, sehr geehrten Damen und Herren von den GRÜNEN, erwecken, sind Sie Teil des Problems, das wir haben, aber sicher nicht Teil der Lösung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. - Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Vorweg nur eines, ich habe die Rede vom Herrn Abg Gudenus schlichtweg menschlich schäbig gefunden, bin mir aber jetzt nicht ganz sicher, ob mich diese Rede mehr entsetzt oder der Herr Abg Ulm, der hier herauskommt und sagt, ihn hat auch etwas gestört bei der Rede vom Herrn Abg Gudenus, und das war der Satz, dass Muslime nichts in der katholischen Kirche zu tun haben. Alles andere war offensichtlich in Ordnung.

Aber ich versuche es einmal sachlich. Worum geht es heute? Worüber sprechen wir? Wir sprechen über die Grundversorgung in Wien. Es sind circa 6 000 Menschen in Wien in der Grundversorgung. Das sind AsylwerberInnen, Asylberechtigte, subsidiär Schutzberechtigte. Der Herr Abg Ulm hat es schon ausgeführt, das sind die Menschen, denen kein Asyl gewährt wird, aber die trotzdem bedroht werden auf Leben und Gesundheit, die definitiv Gefahren wie Folter ausgesetzt wären, wenn man sie abschieben würde, das heißt, zeitlich beschränkte Unterstützung. Und dann haben wir noch Menschen, die man offiziell sonstige Fremde nennt. Das sind definitiv Menschen, die man nicht abschieben kann, entweder weil es kein Heimreisezertifikat seitens der Botschaften gibt oder es vor allem Frauen sind, die vom Menschenhandel betroffen sind oder es Menschen sind, die eine Duldung oder ein humanitäres Bleiberecht erhalten.

Das heißt, insgesamt erhalten zirka 6 000 Menschen hier in Wien die Grundversorgung. Andererseits wird suggeriert, dass die Massen Wien überschwemmen und dass sich Menschen zu Abertausenden hier einnisten. – Das ist schlichtweg falsch!

Zweiter Punkt: Ja. Wien erfüllt die Quote mit 143 Prozent. Das stimmt. Und wir sollten darüber sprechen, warum die anderen Bundesländer dieser ihrer Aufgabe nicht gerecht werden. Wir können gerne diskutieren, warum das einfach nicht klappen will! Auf der anderen Seite suggeriert Schwarz-Blau, dass dadurch massenhaft Kosten für die Stadt Wien entstehen. – Das ist

ebenso falsch! Sie wissen ganz genau, dass, unabhängig davon, wie viele Menschen in Wien untergebracht sind, in der Grundversorgung keine Mehrkosten für die Stadt Wien außer der vereinbarte Quote entstehen, weil das mit den Ländern abgeglichen wird. Es entstehen also überhaupt keine zusätzlichen Kosten! Aber es ist halt klass, wenn man ein bisschen Stimmung machen kann!

Nächster Punkt: Ja, es stimmt: In Wien bleiben die Menschen mit einem negativen Asylbescheid tatsächlich in der Grundversorgung. Ich habe schon vorher die sogenannten „sonstigen Fremden“ genannt. Diesbezüglich ist Wien menschlich ein Vorreiter. Das stimmt. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Eine Vorreiterin!*) Inzwischen vollziehen das auch Tirol und Vorarlberg.

Auf der anderen Seite sagen Schwarz und Blau, dass das unverantwortlich ist. – Ich möchte Schwarz und Blau nur daran erinnern, woher denn das Gesetz und diese Grundversorgungsvereinbarung kommen, dass auch sogenannte „sonstige Fremde“ in der Grundversorgung bleiben. – Diese Grundversorgungsvereinbarung wurde zwischen Schwarz und Blau ausverhandelt. Eigenartig, das haben Sie wohl vergessen! Daran waren Herr Böhmendorfer und ... Jetzt habe ich den zweiten verdrängt! Wie heißt der von der ÖVP? (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Strasser!*) Ja! Strasser! Der eine sitzt jetzt wegen Korruption auf der Anklagebank, und der andere verteidigt FPÖler auf der Anklagebank. (*Zwischenruf von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS. – Ironische Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Also: Es wurde bereits 2004 vereinbart, dass die Menschen trotz negativer Asylbescheide in der Grundversorgung bleiben. Und ich meine, wir sollten eigentlich darüber diskutieren, warum die anderen sechs Bundesländer diese Vereinbarung von Schwarz-Blau aus dem Jahr 2004 nicht vollziehen. Das wäre eigentlich das Thema, abgesehen davon, dass es menschlich völlig widersinnig ist, diese Menschen nicht zu versorgen, weil dann sowieso keine Möglichkeiten mehr für sie gegeben sind.

Nächster Punkt – die Grundversorgung selbst: In Wien sind 70 Prozent privat untergebracht, und 30 Prozent werden qualitativ hochwertig von NGOs betreut. Daran sind die Diakonie und die Volkshilfe beteiligt, und es gibt in diesem Zusammenhang Vereine wie das Projekt Integration, den Verein Ute Bock oder das Servicezentrum der Caritas. Dabei geht es um menschliche, qualitative Betreuung und Begleitung von Flüchtlingen.

Und ich bitte Sie, wirklich festzuhalten, dass eine Familie, egal, wie viele Kinder sie hat, in der Grundversorgung maximal 220 EUR Miete bekommt. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist ja nicht wahr!*) Mit diesem Geld müssen Sie sich einmal etwas suchen! Außerdem erhalten sie 180 EUR pro Erwachsenen und 80 EUR pro Kind im Monat. Das heißt, eine Familie mit 3 Kindern erhält in der Grundversorgung maximal 800 EUR, davon werden die Miete und alle Lebenskosten bezahlt. (*Weiterer Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) Stellen Sie sich heraus, und sagen Sie ganz klar, was daran falsch ist! Das sind die offiziellen Zahlen! Ich weigere mich, zu

akzeptieren, dass Sie hier mit falschen Zahlen Stimmung machen! Das ist absolut inakzeptabel, Herr Jung! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Abg Mag Wolfgang Jung: Mir ist völlig wurscht, wogegen Sie sich weigern!*) Unglaublich!

Außerdem möchte ich Sie daran erinnern, dass auch für Sie die Geschäftsordnung gilt. Es gibt keinen einzigen Passus in der Geschäftsordnung, der lautet, dass Einzelne in diesem Raum Narrenfreiheit haben. Also halten Sie sich an die Geschäftsordnung! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Abg Mag Wolfgang Jung: Auch keine Narrenfreiheit! – Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Herr Abg Jung! Sie haben nie etwas gearbeitet! – Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie haben immer nur beim Bundesheer herumkommandiert! – Rufe und Gegenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.*)

Nächster Punkt, das Thema Kontrolle: In diesem Zusammenhang muss man immer wieder einiges zurechtücken, weil so viel Unsinn kommuniziert wird. Erstens gibt es eine SOKO Grundversorgung, diese wurde von Innenministerin Fekter eingerichtet. Damals hat man gesagt, dass der Reichtum der Flüchtlinge überprüft werden muss. Das heißt, es gibt regelmäßige Kontrollen, etwa ob Flüchtlinge einen Fernseher haben oder nicht, ob irgendwo etwas Ärgeres dahintersteckt oder nicht. – Mich würde in diesem Zusammenhang sehr interessieren, ob die Kosten für die SOKO Grundversorgung nicht definitiv größer sind als der Nutzen dieser Kontrolleinrichtung.

Zweitens, meine Damen und Herren, zahlt das Bundesministerium für Inneres die Grundversorgung, und das Bundesministerium für Inneres ist nicht wirklich bekannt als eine soziale Einrichtung. Dort hat man natürlich ein Interesse daran, alles zu kontrollieren, und zwar über die Maßen. Vor Kurzem gab es wieder Kontrollen, es wurde aber nichts beanstandet. Darüber hinaus müssen Flüchtlinge ihr Taschengeld von 40 EUR im Monat natürlich selber abholen. Wenn also hier suggeriert wird, dass es zu massiver Bereicherung und zu einem Ausnützen des Systems im Sinne von sozialen Hängematten kommt, dann ist das wirklich nur Populismus auf Kosten der Ärmsten in diesem Land!

Konkret hat Herr Abg Gudenus den Rohbericht des Rechnungshofs angesprochen, in dem erwähnt wird, dass hier angeblich Missbrauch passiert. – In diesem Zusammenhang muss man auch die Fakten auf den Tisch legen: Es gibt ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes aus dem Jahr 2007. Dieses Urteil besagt, dass Flüchtlingsfamilien, die vor 2006 Asyl beantragt haben, in bestimmten Fällen die Familienbeihilfe nachgezahlt werden muss, weil da etwas nicht rechtens war. Außerdem wird in diesem Rohbericht eindeutig klargestellt, dass keine Daten des Familienministeriums hier weitergegeben werden.

Das heißt, diese Geschichten, dass der Fonds Soziales Wien Millionen doppelt und dreifach auszahlt und die Flüchtlinge goldene Autos fahren und sich Schlösser bauen, stimmen einfach nicht. Glauben Sie diesen Nebelschwaden nicht! Das ist einfach nichts anderes als Stimmungsmache auf Kosten der Ärmsten hier in Wien,

wobei diese noch dazu gegeneinander ausgespielt werden! Ich meine, es ist immer so letztklassig, wenn man etwa her geht und sagt, dass die Menschen bei uns frieren müssen. – Das stimmt absolut nicht! Wir haben, wie Sie wissen, mit der Energieunterstützung ein neues System geschaffen. Wir haben aktuell im Gesundheitsausschuss darüber gesprochen, wie das gerade verläuft, wie viel Hilfe in Anspruch genommen wird. Es bleibt also von diesen Vorwürfen nichts übrig außer dem Eindruck eines unglaublich unmenschlichen Umgangs mit Flüchtlingen in unserem Land.

Jetzt komme ich zu den eigentlichen Problemen. Natürlich haben wir Probleme auf Grund des Asylwesens und des Fremdenrechts. Ich gehe sogar so weit – und das habe ich mir lange überlegt –, zu sagen: Wir müssen aufpassen, dass unsere Rechtsstaatlichkeit auf Dauer nicht wirklich ausgehöhlt wird (*Abg Armin Blind: Da schau her!*), dass wir nicht zunehmend willkürlich vorgehen und nicht mehr klar wahrnehmen, welche die Rechtsprinzipien unseres Landes sind, was die Flüchtlingskonvention ist, was Menschenrechte sind und wie wir hier in Österreich mit Betroffenen umgehen.

Konkret meine ich damit den Fall der jungen Frau aus Kolumbien, der gestern publik wurde. Sie ist seit 11 Jahren hier, hat 2 Studien abgeschlossen und muss jetzt gehen, weil sie für den Job, den sie in Aussicht hat, nicht 2 000 EUR bekommt. – Das ist eine menschliche Tragödie, und das hat nichts mehr zu tun mit all diesem freundlichen Geschwurbel eines Staatssekretärs, der meint, dass Menschen hier in diesem Land willkommen sind. Das versteht keiner mehr! Kein Mensch versteht, warum man diese Frau nicht hier leben und arbeiten lässt, obwohl sie eine Ausbildung hier absolviert hat. – Das ist ein Beispiel.

Das andere Beispiel: Vor ein paar Tagen wurde eine Familie auseinandergerissen und abgeschoben, und dabei hat man auf ein minderjähriges Kind vergessen. Blöd! – Stellen Sie sich vor, Sie kommen als Jugendliche oder Jugendliche nach Hause, und die Eltern und Geschwister sind weg! Das ist eigentlich unfassbar in unserem Land!

Die Schüler und Schülerinnen in der Ortnergasse bei uns im 15. Bezirk und auch die Lehrer und Lehrerinnen fragen sich: Wie kann das sein? Ich sag Ihnen ganz ehrlich: Mich würde irrsinnig interessieren, was geschieht, wenn jetzt im Augenblick alle von der ÖVP und von der FPÖ in der Klasse in der Ortnergasse an diesen niedrigen Tischen, bei denen man vorsichtig schaut, dass man nicht dreckig wird, in ihren feinen Anzügen auf Augenhöhe mit den Schülern und Schülerinnen sitzen und die Frage beantworten würden: Warum? Warum wurde die Mitschülerin abgeschoben?

Was würde die FPÖ sagen? – Ich darf die wunderbare Rede des Herrn Gudenus (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Danke!*) zusammenfassen und annehmen, dass die Antwort wahrscheinlich lauten würde: Liebe Kinder! Das war offensichtlich ein Verbrechersystemkind, und dieses musste abgeschoben werden.

Und was würde die ÖVP sagen? Was würden Sie sagen, wenn Sie von den SchülerInnen gefragt werden,

warum die Mitschülerin plötzlich weg ist? Das würde mich sehr interessieren! (*Abg Dipl.-Ing. Martin Margulies: Abg. Ulm sagt dasselbe!*) Ja, das ist zu befürchten! Und das ist unverantwortlich!

Sie von der ÖVP zerreißen Familien. Das passiert in Ihrem Auftrag! Das geschieht in Ihrem Auftrag durch die Innenministerin und die Fremdenpolizei! (*Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Wenn Sie die Ankerkinder holen, zerreißen Sie auch die Familie!*) Und hier reden Sie dann von Missbrauch und orthodoxer Kirche und dass wir jetzt schon einen finanziellen Verlust in der Votivkirche haben. – Sie müssen hier wirklich einmal erklären, was Sie diesen Kindern sagen würden!

Nächster Punkt: Offensichtlich auf Grund der Praxis seitens des Innenministeriums und der Fremdenpolizei in Wien und in Österreich wurde Herr Rasambek abgeschoben, nämlich direkt vom Flughafen abgeholt und verschleppt. Und Herr Danial Mamaev wurde ebenfalls nach Russland abgeschoben. Er wurde direkt nach Grosny in ein Sondergefängnis für Terroristen überstellt. (*Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Dort gibt es auch ein Strafrecht!*)

Das heißt, Herr Gudenus, Sie von der FPÖ waren sich nicht zu blöd, hier zu sagen: „Herr Kadyrow hat mir persönlich versprochen, dass jeder, der zurückkommt, eine Wohnung bekommt.“ – Sie haben nur nicht dazu gesagt, dass Sie ein Gefängnis damit meinen! (*Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Jetzt wohnt er im Gefängnis, weil er ein Straftäter ist!*) Ich warne alle: Seien Sie vorsichtig, wenn die FPÖ sagt, wir versprechen euch eine Wohnung, dass damit nicht ein Gefängnis gemeint ist! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Sie wollen Terroristen schützen, Frau Kollegin Hebein! Widerlich! – Rufe und Gegenrufe bei FPÖ und GRÜNEN.*)

Die Sicherheitswarnungen sind ernst zu nehmen, auch die UNHCR-Empfehlungen, in welchen man sich gegen Abschiebungen ausspricht, wenn Menschen in Gefahr sind, und dazu gehört Russland, und dazu gehören das diktatorische Regime von Kadyrow und die Regimes in anderen Krisengebieten. Das dürfen wir nicht ignorieren. Wir alle wollen in einem Land leben, in dem Menschen nicht Gefahren, Terror und Verfolgung ausgesetzt werden. Wir wollen nicht, dass diese Menschen abgeschoben werden. Wir wollen hier einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen und mit allen Menschen.

Sogar die Leiterin der MA 35 hat sich öffentlich dazu geäußert, dass die Handhabung der vorhandenen Gesetze sehr eigenartig ist. Bei der MA 35 muss überprüft werden, ob es humanitäre Bleiberechtsgründe gibt, und gleichzeitig schiebt die Fremdenpolizei betroffene Familien ab. Das erweckt zumindest den Anschein, dass die Aktionen der Fremdenpolizei aus dem Ruder gelaufen sind oder dass das im Auftrag der Innenministerin geschieht. Beides muss aber Konsequenzen haben. Wir alle wollen in einem Land leben, in dem man keine Angst haben muss, in dem Gesetze eingehalten werden und nicht zunehmend Willkürentscheidungen an der Tagesordnung sind.

Meine Kollegen werden dann eingehend auf die

Flüchtlinge in der Votivkirche eingehen. Ich komme zu meinem letzten Punkt: Erlauben Sie mir, Folgendes festzuhalten: Auf Grund der Gespräche in den letzten Tagen – unlängst auch in unserer Bäckerei – habe ich gemerkt, dass es eine Verunsicherung gibt und dass Flüchtlinge deswegen sogar in den Hungerstreik treten: Es geht um die Frage, warum denn Flüchtlinge nicht arbeiten dürfen. Warum sollen sie nicht arbeiten können? (*Abg. Armin Blind: Flüchtlinge können arbeiten, Frau Kollegin!*)

Ich meine, die Argumente gingen jetzt nicht so sehr in die Richtung, dass das menschlich und gut wäre, sondern dass das dann auch alle weniger kosten würde. Warum lassen wir die Leute nicht arbeiten? – Es ist schlichtweg nicht nachvollziehbar, warum man den Barstein-Erlass aus dem Jahr 2004 nicht kippt!

Herr Abg. Ulm! Alles klingt so wunderbar, wenn sie hier heraußen stehen und reden. Aber vielleicht sollten Sie einmal zur Abwechslung direkt mit Flüchtlingen sprechen und sagen, dass die Saisonarbeit ja nicht ausgeschöpft wird. Wenn Sie sich nämlich genauer damit befassen, dann werden Sie feststellen, dass jede NGO, die eine Ahnung hat (*Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Haben die eine Ahnung?*), den AsylwerberInnen keinesfalls dazu rät, Saisonarbeit anzunehmen. Warum? – Abgesehen davon, Herr Abgeordneter ... (*Zwischenruf von Abg. Armin Blind.*) Herr Gudenus! Sie sind so unter der Gürtellinie mit Aussprüchen wie „Arbeit schändet!“, ich sag es Ihnen ... (*Abg. Mag. Wolfgang Jung: Er hat ja gar nichts gesagt!*) Sie sind zumindest einfach sehr, sehr unbeholfen

Das heißt, konkret sind die SaisonarbeiterInnen, die befristet einer Saisonarbeit nachgehen, mit der Situation konfrontiert, dass sie es dann monatelang nicht schaffen, wieder in die Grundversorgung zu kommen, weil das Einkommen angerechnet wird, und das ist ein massives Problem! Das ist eines der praktischen Probleme. Und es ist schlichtweg widersinnig, wenn jetzt sogar zum Beispiel ÖGB und Arbeiterkammer sagen: Seid doch nicht so verkrampft! Lockert doch den Zugang zum Arbeitsmarkt!

Es ist doch lächerlich, dass Menschen jahrelang irgendwo sitzen müssen. Diese Menschen wollen einfach arbeiten (*Abg. Mag. Wolfgang Jung: 400 Österreicher wollen das gegenwärtig auch!*) Hören Sie doch auf, die Leute gegeneinander auszuspielen! Hören Sie doch auf damit! Das macht doch keinen Sinn! (*Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Können Sie rechnen oder nicht, Frau Kollegin?*)

Wir alle wollen in Würde miteinander leben. Alle Experten und Expertinnen sagen, dass das insgesamt 2 000 Menschen in Österreich betreffen wird. (*Abg. Mag. Johann Gudenus, MAIS: Können Sie rechnen? Wie viel ist eins und eins? Eins und eins sind zwei!*)

Hören Sie auf, die Leute gegeneinander auszuspielen! Ich weiß, dass Sie davon leben, Sie haben ja nichts anderes. Sie müssen die Armen gegeneinander aufhüsen und auf deren Rücken Politik machen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Wir lehnen das strikt ab. Das ist nicht unsere Politik!

Insofern möchte ich zum Schluss noch meinen allerhöchsten Respekt den Menschen aussprechen, die mit Flüchtlingen beziehungsweise AsylwerberInnen tagtäglich arbeiten. Und ich möchte meinen allergrößten Respekt auch den Flüchtlingen aussprechen, die jetzt trotz ihrer Schicksale die Stimme erheben und sagen: Wir wollen ein Minimum an Respekt in diesem Land! – Wir sollten das im Sinne aller unterstützen! – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Zwischenruf von Abg Mag Johann Gudenus, MAIS.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Ulm. *(Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Abg Dr Aigner!)* Verzeihung! Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Aigner. Ich stelle fest, dass seine Rednerzeit mit 15 Minuten beschränkt ist, da er als unabhängiger Abgeordneter keinen Fraktionsstatus besitzt. – Bitte.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Gleichwohl: Abgeordnete mit dem Vornamen Wolfgang bürgen für Qualität. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich denke, bei der Rede von Frau Kollegin Hebein wurde die eigentliche Grundproblematik der Debatte hier deutlich: Vertritt man ein grundlegendes Menschenrecht, dass sich jeder Mensch den Staat, wo er am liebsten leben möchte, aussuchen kann oder nicht? – Und das ist Common Sense, und dieses Menschenrecht wird halt auch von keiner Konvention und von niemandem garantiert. Das gibt es in dieser Form nicht, sondern jeder Staat kann definieren, wer sich unter welchen Voraussetzungen, unter welchen Kriterien und in welchen Situationen in seinem Gebiet aufhalten kann.

Bei dieser Grundsatzfrage hat sich Österreich im Laufe der letzten Jahrzehnte als ausgesprochen großzügig erwiesen. Das zeigt sich, wenn man sich anschaut, wie das in anderen Ländern gehandhabt wird und welche echten Flüchtlingswellen wir bewältigt haben, im 56er Jahr, im 68er Jahr, von der Polen-Krise bis zum Jugoslawien-Konflikt. Da war Österreich gefordert, weil Österreich wirklich eines der Länder war, wo sich zehntausende Menschen in Sicherheit bringen konnten.

Die heutige sogenannte Flüchtlingsproblematik hat damit aber relativ wenig zu tun. Wo liegen denn Pakistan, Afghanistan oder Tschetschenien, also Staaten, wo Menschen verfolgt werden, und wo liegt Österreich? – Österreich ist ja nicht ums Eck! Beim Flüchtlings- und Asylrecht geht es eben um das Leo, also um das erste sichere Land, in dem man sich in Sicherheit zu bringen hat, und nicht um das Land, in das man sich von einer Schlepperorganisation bringen lässt, weil es dort am besten ist *(Beifall bei der FPÖ.)*

Etwas anderes ist die Anwerbung von Einwanderern. Dafür gibt es andere Instrumente. Aber diese ständige Vermischung zwischen Asyl und offizieller legaler Einwanderung ist wirklich ein Problem. Das muss man ganz klar trennen.

Schauen wir uns Zeitungsschlagzeilen der letzten Tage an. Da heißt es: „Hochqualifizierte verlassen Österreich.“ – Wir haben also einen Braindrain. Gleichzeitig werden wir aber von unqualifizierten Armutsflüchtlingen

sozusagen aufgesucht.

Und so schlecht kann es in Österreich nicht sein, denn es kommen ja sehr viele offenkundig ganz bewusst zu uns. Und wenn man sieht, dass man teilweise auch mit Flüchtlingen – unter Anführungszeichen – beziehungsweise mit Einwanderern konfrontiert ist, die dann auch noch frech werden, dann ist man als Staatsbürger eigentlich schon irgendwie vor den Kopf gestoßen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Natürlich darf jeder eine Kirche besuchen und soll das auch tun, aber eine Kirche beziehungsweise ein Gotteshaus ist in erster Linie ein Ort des Gebetes und weniger ein Ort, an dem politische Forderungen gestellt werden und politische Protestaktionen stattfinden sollen. Das Kirchenasyl bot auch im Lauf der Geschichte immer wieder Schutz vor unmittelbarer Verfolgung, die Kirche war jedoch kein Ort, an dem man sozusagen publikumswirksam politische Forderungen stellt. – Thomas Chorherr hat in der „Presse“ geschrieben, dass es sich hierbei eindeutig um einen Erpressungsakt handelt. Das hat mit der Schutzfunktion der Kirche gar nichts zu tun!

Die Gesetze gelten sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kirche. Es ist wichtig, dass man auch das festhält: Wer keine Aufenthaltsberechtigung hat, der kann sich keine ertrotzen, indem er eine Kirche besetzt. Und der Rechtsstaat hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, den rechtstreuen Bürgern zu zeigen: Wir vollziehen die Gesetze, unabhängig davon, ob das in manchen Medien und von manchen politischen Seiten her als opportun angesehen wird oder nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn immer wieder auf die Länge der Asylverfahren hingewiesen wird, dann frage ich mich: Warum führen wir eigentlich noch Asylverfahren durch, wenn wir wirklich von sicheren Drittstaaten umgeben sind? Man könnte also durchaus darüber diskutieren und sagen: Das Asylrecht hat derzeit überhaupt keinen Anwendungsbereich, denn es kann eigentlich gar nichts Positives herauskommen. Jeder, der zu uns kommt, der war auch schon anderswo und hat es offenkundig vorgezogen weiterzugehen. Und dass man dann sagt, mit dem Geld ... *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Es gibt auch Flugzeuge!)* Ja, es gibt Flugzeuge! Aber bitte nicht böse sein: So einfach kann man auch nicht in ein Flugzeug einsteigen! Aber dann machen wir das halt nur bei den Flugzeugen! Ich bin mir aber nicht sicher, ob jemand, der bequem irgendwo in ein Flugzeug einsteigt, wirklich so verfolgt ist, denn es gibt ja überall Sicherheitsvorkehrungen.

Das ist vielleicht ein Ausnahmefall, aber ansonsten kann man sich wirklich die Frage stellen: Warum leisten wir uns diese langen Verfahren noch? Warum dauern die Verfahren so lange? Es ist ja nicht so, dass die Asylbehörden nicht funktionieren und arbeiten, sondern hier wird ganz bewusst in die Länge gezogen, und das mit dem Steuergeld, das wir wiederum in die Flüchtlingsberatung fließen lassen. Die Leute können sich größtenteils Anwälte leisten, und die kann sich unsereiner eben nicht leisten. Dann dauern die Verfahren lange, und genau deswegen, weil sie zu lange dauern, sind wir wiederum

in der Debatte, dass das Ganze letztendlich nicht zu vollziehen ist.

Es ist wahrscheinlich eine stärkere europäische Harmonisierung notwendig, denn es ist auch eigenartig, dass die Anerkennungsquoten so unterschiedlich sind und viele Menschen quasi einfach durchgereicht werden.

Im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt muss man sagen: Würde man hier sozusagen ein generelles Arbeitsrecht zugestehen, dann wäre das letztlich auch wiederum der falsche Anreiz. Wir haben innerhalb der EU sowieso eine Öffnung des Arbeitsmarktes. Das ist dort sowieso eine Grundfreiheit. Aber wenn wir jedem Asylwerber das Arbeitsrecht geben, dann brauchen wir ja keine Rot-Weiß-Rot-Card, denn dann geht das System letztlich da wiederum auf!

Ich meine also, man muss sich überlegen, wen beziehungsweise was wir auf dem Arbeitsmarkt brauchen. Wir dürfen, umgekehrt, aber nicht sagen, dass die, die halt da sind, jedenfalls arbeiten dürfen, denn sonst reißt dieser Strom letztendlich nicht ab. Ich glaube, es ist wichtig, dass diesbezüglich keine falschen Hoffnungen geschürt werden, sondern dass man auch zur Kenntnis nimmt, dass die Aufnahmekapazitäten der Länder begrenzt sind, und ich meine, dass außer Streit steht, dass Österreich in diesem Zusammenhang einen großen Beitrag geleistet hat.

So schlimm kann all das nicht sein, denn wir sind eben ein sehr, sehr beliebtes und begehrtes Zielland. Einwanderung hat allerdings nur dann eine Berechtigung, wenn sie geordnet erfolgt und wenn auch die Aufnahmekapazitäten und die Bedürfnisse der Wirtschaft und des Aufnahmelandes insgesamt Berücksichtigung finden. Wenn aber Einwanderung einzig und allein im Hinblick auf den Sozialstaat stattfindet, dann ist das natürlich ganz negativ und schlecht.

Wir leben in einer Zeit, in welcher der Sozialstaat an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit kommt. Wenn man dann anfängt, gesundheitliche Gründe und so weiter heranzuziehen, dann muss man bereits auch innerhalb der Europäischen Union entsprechend aufpassen, denn wenn man sich etwa die Zustände in Bulgarien und so weiter anschaut, dann bemerkt man, dass es auch dort sowieso genug Mankos gibt. Und da gibt es alle Möglichkeiten, letztendlich auch in andere Länder zu gehen. Diesbezüglich ist also eine viel größere Homogenität erforderlich.

Wenn man das jetzt auf die Wiener Situation bezieht, dann muss man natürlich auch schauen, dass es hier keine falschen Anreize gibt. Und in diesem Zusammenhang ist natürlich eine allzu großzügige Gewährung von Versorgungsleistungen zu hinterfragen. Es muss auch hier Kontrolle geben. Es kann ja nicht sein, dass einerseits unberechtigt zugestandene Leistungen rückgefordert werden, in anderen Bereichen aber beide Augen zugedrückt werden. Auch das ist in einem Rechtsstaat nicht zulässig und unterminiert im Endeffekt auch das Vertrauen der Menschen in eine korrekte und gleichmäßige Vollziehung der Gesetze.

Das heißt, wir müssen im Endeffekt Einwanderung und Arbeitsmigration von Flüchtlingen trennen. Wir müs-

sen die Begriffe, wie sie auch in den rechtlichen Dokumenten festgehalten sind, streng auseinanderhalten und dafür sorgen, dass die Gesetze nicht nur für die Österreicherinnen und Österreicher durchgezogen werden, sondern auch für jene, die aus irgendeinem Grund in unserem Land sind, denn es darf in einem Rechtsstaat keine Unterschiede bei der Gesetzesgeltung geben. Gesetze können nicht für den einen vollzogen werden und für den anderen nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Mörk. Als Erstrednerin ihrer Fraktion hat sie eine Redezeit von 30 Minuten.

Abg Gabriele **Mörk** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema der heutigen Sondersitzung des Landtages auf Verlangen der FPÖ zeigt wiederum deutlich, dass es der FPÖ darum geht, Menschen gegeneinander auszuspielen, um politisches Kleingeld zu kassieren. Wir hingegen stehen zu unserer Verantwortung und kümmern uns um eine qualitativ hochwertige Unterbringung der AsylwerberInnen.

In der 1954 von Österreich ratifizierten Genfer Flüchtlingskonvention finden sich ganz klare Regeln, die festlegen, wer Flüchtling ist und wer nicht *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, genau!)*, welche Rechte und Pflichten sie oder er hat und welchen rechtlichen Schutz ein Flüchtling erhalten soll. Österreich hat sich in den vergangenen 60 Jahren immer zur Flüchtlingskonvention bekannt, vielen Tausenden Flüchtlingen Asyl gewährt und immer seine humanitäre Aufgabe wahrgenommen. Und wir werden das auch weiter tun, wenn Menschen vor Krieg, Folter und Verfolgung flüchten müssen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Mit der Bund-Länder-Vereinbarung zur Grundversorgung von AsylwerberInnen, übrigens damals beschlossen von der blau-schwarzen Regierung, wurde ein Instrument geschaffen, das Fragen der Quartiere, der Betreuungsqualität und der Kostenaufteilung regelt. Wien ist bei der Umsetzung vorbildlich vorgegangen und hat vor allem auch stets seine Verpflichtung erfüllt. Flüchtlinge sollten mit der Grundversorgungsvereinbarung von Bund und Ländern aus dem Jahr 2004 gemäß der Einwohnerzahl der Bundesländer gleichmäßig auf Österreich aufgeteilt werden.

Doch schon zu Beginn hat sich herausgestellt, dass einige Bundesländer nicht zu dieser 15a-Vereinbarung gestanden sind. Wien hat von Beginn an Verantwortung übernommen und immer mehr AsylwerberInnen in der Grundversorgung betreut, als laut Vereinbarung notwendig gewesen wäre, und das unabhängig davon, ob viele Flüchtlinge in Österreich waren wie in den Jahren 2003 und 2004 oder weniger wie im Jahr 2010. Wien hat die Quote immer übererfüllt, und zwar bis zu 165 Prozent, die Quote in Wien ist aber nie unter 125 Prozent gelegen.

Nun nochmals an die Damen und Herren von der FPÖ: Der sogenannte Länderausgleich, geregelt im Art 10 Abs 2 der Grundversorgungsvereinbarung, sorgt

dafür, dass Wien, egal wie viele Personen versorgt werden, immer 20,31 Prozent – das ist nämlich die Wiener Quote des gesamten Länderanteils – zahlen muss. Die Grundversorgung Wien verursacht pro Flüchtling österreichweit die geringsten Kosten. Wenn Wien mehr Personen versorgt, sinken auf Grund des Länderausgleichs die Kosten für die Grundversorgung. Das heißt, mit der Höhe der Quotenübererfüllung sinken auch die Kosten für das Land Wien. Das ist aber nicht der Grund für die Quotenübererfüllung in Wien, sondern das ist vor allem auf den Großstadtfaktor zurückzuführen. Aktuell erfüllt Wien die Quote zu 143 Prozent, genau wie vor dem Asylgipfel im Herbst.

Das einzige Bundesland, das immer noch die Solidarität der anderen Bundesländer ausreizt, ist Niederösterreich, und der Landeshauptmann trägt dafür die Verantwortung, dass die Quote in Niederösterreich nur zu 81,59 Prozent erfüllt wird.

Der Vorwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Wien illegale Personen versorgt, ist völlig aus der Luft gegriffen. In Art 2 Abs 1 der Grundversorgungsvereinbarung werden Personen, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind, definitiv als Zielgruppe der Grundversorgung genannt. Für Abschiebungen ist der Bund zuständig. Und für die Grundversorgung Wien ist es selbstverständlich, dass es eine Voraussetzung für den Bezug von Grundversorgungsleistungen ist, dass behördlichen Ladungen und Auflagen Folge geleistet wird. Die Grundversorgung ist kein Instrument zur Erfüllung der inhaltlichen Aufgaben der Fremdenpolizei.

Herr Gudenus ist jetzt leider nicht da, bezüglich seiner Aussagen betreffend Familienbeihilfe möchte ich jetzt aber sagen: Bei jenen Einzelfällen, in welchen Personen auf Grund eines Urteiles des Verwaltungsgerichtshofes Familienbeihilfe rückwirkend erhalten haben, handelt es sich um Altfälle aus der Zeit der blau-schwarzen-Regierung, deren Asylantrag vor dem 1.1.2005 gestellt wurde. Der Rechnungshof stellt fest, dass laut Information des Bundesministeriums für Finanzen eine automatische Übermittlung der Daten rechtlich nicht möglich ist. Im Übrigen darf ich auch darauf hinweisen, dass das Bundesministerium für Inneres und die Buchhaltungsagentur die Grundversorgung Wien quartalsweise – ich wiederhole: quartalsweise, sprich, vier Mal im Jahr beziehungsweise vierteljährlich – prüfen und bisher keine nennenswerten Beanstandungen betreffend Nichtberücksichtigung von Familienbeihilfe vorliegen. Der Rechnungshof stellt auch fest, dass in Wien bei Erhalt von Familienbeihilfe eine Leistungseinschränkung erfolgt.

Zudem hat auch die Judikatur festgestellt – es handelt sich um ein Urteil des Unabhängigen Verwaltungssenates Steiermark –, dass die von der FPÖ geforderte Anrechnung schlicht und einfach gesetzwidrig ist.

Wien, meine sehr geehrten Damen und Herren, sorgt dafür, dass AsylwerberInnen menschenwürdig untergebracht werden. Die Grundversorgung Wien ist in Österreich vorbildhaft. Warum wohl? – Weil die Kosten in Wien für privat wohnende Personen in der Grundversor-

gung um 44 bis 69 Prozent niedriger sind als die Kosten für organisiert wohnende Personen und weil AsylwerberInnen in Wien zu 70 Prozent privat untergebracht sind und daher die durchschnittlichen Kosten pro Person und Tag mit 14,62 EUR am geringsten sind. Zum Vergleich: In Tirol etwa belaufen sich vergleichbare Kosten auf 21,49 EUR pro Tag. Das bedeutet: Wien hat in diesem Bereich das effizienteste System. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Gründe dafür sind, dass in Wien Unterbringungseinrichtungen ausschließlich von erfahrenen NGOs betrieben werden, dass es hier nicht nur ausreichend Kapazität, sondern auch das notwendige Know-how für eine umfassende Betreuung gibt, dass es in Wien einzigartige Angebote für AsylwerberInnen mit Behinderung oder schweren Erkrankungen gibt, dass in Wien zahlreiche barrierefreie Unterkünfte mit Lift oder Treppenlift vorhanden sind und dass es in unserer Stadt österreichweit die meisten Sonderbetreuungsplätze gibt.

Wien setzt sich aber auch über die Basisversorgung hinaus für eine menschenwürdige Unterbringung von Mensch ein, die ein schweres Schicksal zu erleiden haben. Es gibt eine umfassende Vernetzung und Kooperation auf verschiedensten Ebenen mit dem VertragspartnerInnen und Unterbringungseinrichtungen. Ebenso kann auf eine gute Kooperation mit den Krankenhäusern und Krankenanstaltenträgern verwiesen werden. So werden etwa schwangere Frauen oder schwer kranke AsylwerberInnen auch bei fehlender Zuweisung über die Krankenversicherung medizinisch versorgt.

Über diese Basisversorgung fördert die Stadt auch zusätzliche Leistungen wie zum Beispiel Projekte von ESRA, des Psychiatrischen Konsiliardienstes und von Amber-Med. Darüber hinaus wird aber auch auf die persönliche Situation der AsylwerberInnen eingegangen, etwa bei Einzelfallbesprechungen des Teams der Grundversorgung Wien. So erhalten AsylwerberInnen Unterstützung durch NGOs bei der Wohnungssuche, und es wird Beschäftigung ermöglicht, ohne sofort aus der Unterbringung entlassen zu werden. In Akutfällen wird sofort gehandelt, damit kein Asylwerber und keine Asylwerberin auf der Straße stehen müssen.

All diese Fakten, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigen: Niemand bleibt in Wien unversorgt, und darauf bin ich als Wienerin stolz. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Abg Mag Werner-Lobo. Ich stelle fest, dass er und die weiteren Redner über eine Redezeit von 15 Minuten verfügen.

Abg Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): *(Der Redner tritt ans Pult und schweigt. – Abg Mag Wolfgang Jung: Erwartungsvolle Stille!)*

Präsident Johann **Herzog**: Herr Abgeordneter! Sie sind am Wort! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Der Aktionismus ist perfekt!)*

Abg Mag Klaus **Werner-Lobo** (*fortsetzend*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde viel zu lange geschwiegen über Flüchtlinge, deswegen habe ich jetzt auch geschwiegen, um einmal Flüchtlinge selbst zu Wort kommen zu lassen.

(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie tacuisses!)

Ich lasse hier einen Flüchtling von jenen zu Wort kommen, die in der Votivkirche seit zweieinhalb Monaten Schutz suchen vor Verfolgung, die in Verzweiflung sind und in diesem weltoffenen Wien Schutz finden wollen. – Ich zitiere: „Mein Name ist Adalat Khan. Ich komme aus dem Norden Pakistans, nahe der Grenze zu Afghanistan. Meine Region im Speziellen ist der Bezirk Swat im Swat-Tal. Gegen 2005 sind immer mehr radikal-religiöse Gruppen in die Region geströmt, die offen gegen die normalen Menschen vorgegangen sind.“

Daraufhin sind natürlich auch die staatlichen Sicherheitskräfte gekommen, und die Zivilgesellschaft ist zwischen die Fronten geraten. Wir haben viele Familienmitglieder verloren, wir haben viele Freunde verloren. Wir haben aber einfach auch unser normales Leben, unsere Firmen, Geschäfte und Arbeitsplätze verloren.

Die Leute sind über die ganze Welt verstreut worden. Das größte Problem ist einfach die Instabilität. Viele Menschen sind nach Saudi-Arabien, Malaysia und Singapur geflohen, aber auch nach Europa und Amerika. Das große Problem ist die Instabilität, es ist auch nicht so einfach, in andere Regionen Pakistans zu gehen, weil Menschen aus unserer Region dort vom staatlichen Sicherheitsdienst verfolgt werden. Tausende Menschen wurden dort bereits ermordet.

Wir wünschen uns einen legalen Status, einfach ein normales Leben. Kann das denn nicht möglich sein, dass wir ein normales Leben führen? Darüber wollen wir mit den Österreichern sprechen. Ich habe acht Jahre Flucht hinter mir. Zuerst war ich in Griechenland. Und eigentlich ist es in Griechenland und hier genauso wie in meiner Region. Nirgendwo kann man ein normales Leben führen.

In Griechenland ist es besonders gefährlich. Rechts-extreme Gruppen überfallen die Häuser, Flüchtlinge sterben, ihr Leben ist in Gefahr. Auch hier haben wir Angst, vor Rechtsextremen, vor der Polizei. Man setzt uns Repressionen aus und versucht, uns zu vertreiben. Aber wir wollen eine Lösung. Und wir wollen das den Österreichern erklären. Die Leute reden von der Wirtschaftskrise. Manche glauben, wir seien Terroristen. Manche glauben, dass wir einen schlechten Charakter haben. Deswegen ist es jetzt einfach wichtig, den Leuten zu erklären: Wir sind Flüchtlinge, wir haben unsere Familien verloren, und wir haben unser normales Leben verloren. Und wir wollen der Innenministerin sagen, dass wir einfach nur Menschenrechte wollen.

Das ist eine sehr gefährliche Situation. In meiner Region tötet man Menschen mit der Waffe. Und hier tötet man Flüchtlinge mit der Füllfeder. Die Leute leben hier zehn, elf Jahre ohne Antwort, ohne Perspektive, ohne dass sie etwas tun können. Was man uns zugesteht, sind bestenfalls die Rechte von Tieren, aber keine Menschenrechte, keine Rechte normaler Menschen. Wir bitten die Gesellschaft, die Politiker, die staatlichen Autoritäten, uns einen legalen Status zu geben. Wenn man uns den legalen Status vorenthält, was werden die Leute dann tun? Jahrelang von Grenze zu Grenze ziehen, ist das nicht eine Schande?

Wir haben ja auch wirtschaftliche Möglichkeiten, etwas beizutragen. Wir können und wollen etwas tun für die österreichische Gesellschaft. Ich zum Beispiel hatte eine Firma in Pakistan. Das kann ich auch hier versuchen. Nichts Großes, aber etwas, wovon ich leben kann. Wir wollen nicht von der staatlichen Sozialhilfe leben. Wir wollen selbst etwas arbeiten, selbst unseren Lebensunterhalt verdienen

Die Österreicher sind sehr hilfsbereit, aber die normalen Leute haben ein ordentliches Leben und selbst genug zu tun und können nicht so genau hinsehen, wie es den armen Leuten geht. Wir glauben an Menschlichkeit, wir glauben, dass man sich zusammensetzen und reden muss. Deshalb würden wir den Österreichern gern sagen, dass es Zeit ist, gemeinsam etwas zu verändern. Es geht darum, gemeinsam eine menschliche Lösung zu finden. Deshalb bitten wir die Österreicher: Schließt nicht eure Augen, und schließt nicht eure Ohren!"

Ich möchte Sie daher bitten, Ihre Augen und Ohren nicht zu schließen! Und ich möchte vor allem die ÖVP bitten: Schließen Sie Ihre Augen und Ohren nicht! Vor allem ist nämlich ein gemeinsames Vorgehen wichtig, damit Menschen in diesem Land menschlich behandelt werden.

Ich bin wirklich sehr, sehr irritiert und enttäuscht und entsetzt, dass sich die Wiener ÖVP entschlossen hat, diesfalls die Politik der FPÖ weiterzubetreiben! – Ich möchte hier noch etwas vorlesen, damit Sie sehen, was die ÖVP auch sein könnte und was die ÖVP einmal war. Ich lese Ihnen jetzt eine SMS Ihres ehemaligen Kulturstadtrates Peter Marboe, der mir geschrieben hat: „Lieber so erfreulich engagierter Herr Kollege! Ein kurzer Text folgt anschließend zu Ihrer freien Verfügung: Der unmissverständliche Hinweis, dass vor Gott alle Menschen gleich sind, gehört zu den wichtigsten Lehrsätzen der Bibel. Ich unterstütze jede Initiative, die dazu beitragen kann, die Situation der Menschen in der Votivkirche, wo sie Schutz gesucht haben, zu verbessern. Insbesondere appelliere ich auch an die politischen Entscheidungsträger, Vorsorge zu treffen, dass Menschen, die auf der Flucht sind und Hilfe brauchen, eine menschenwürdige Aufnahme finden, vor allem was Unterbringung, soziale und medizinische Betreuung sowie eine temporäre Arbeitsbewilligung betrifft, gewiss im Rahmen der Gesetze, die man aber, wenn sie nicht reichen, auch ändern kann und muss. Und jede offene, auf christlich humanistischen Werten beruhende Gesellschaft muss auch immer die Möglichkeit haben, in besonderen Härtefällen Gnade vor Recht ergehen zu lassen. Peter Marboe.“

Liebe Wiener ÖVP! Es wäre Zeit, dass Sie sich entscheiden, sich wieder zu diesen christlichen Grundwerten zu bekennen! *(Zwischenruf von Abg Armin Blind.)* Ansonsten kann ich nur sagen: Wien ist eine weltoffene Stadt. Wir haben ein großes Herz. Wir wollen Menschen, die Asyl suchen, hier aufnehmen. Wir werden aber auch jenen ehemaligen Wählerinnen und Wählern der ÖVP, die sich mit Ihrer jetzigen Solidarisierung mit der FPÖ nicht mehr identifizieren können, gerne Asyl geben. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Guggenbichler.

Abg Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe mir die zwei Reden von den GRÜNEN, jene der Frau Hebein und jene des Herrn Lobo angehört, und ich darf Ihnen in einem Punkt recht geben: Es gibt tragische Einzelfälle, Sie haben uns jetzt auch entsprechende Fälle geschildert, und wir schauen uns das auch an.

Aber es gibt noch etwas, und darüber schauen Sie hinweg: Es gibt organisierte Schlepperbanden, die Leute, denen es nicht gut geht, benutzen. Es gibt eine Asylindustrie, die von unserer Republik gefüttert wird. Es gibt Asylmissbrauch, und es gibt Kriminalität von Asylwerbern. Auch das sollten Sie beachten!

Und ich werfe Ihnen auch ein bisschen vor, dass Sie immer ein, zwei Einzelfälle herausklauben, die möglicherweise wirklich tragisch sind, alles andere aber scheuklappenmäßig ignorieren. Das ist Ihnen vorzuwerfen, und das ist in Wahrheit herzlos, weil Sie all jene, die durch diese Schlepperbanden belastet werden, im Stich lassen. Und Sie fördern sogar, dass diese Schlepperbanden die Asylwerber, die teilweise in ihrem eigenen Land wirklich bedroht sind, im Zuge der Einschleppung, aber dann auch noch in Österreich benützen, wo diese Leute teilweise gezwungen werden, illegale Tätigkeiten auszuführen, um das Geld für die Schlepperbanden erwirtschaften zu können.

Aber wir erleben ja schon seit Jahren in der Gemeinde Wien, dass wir eben diese rot-grünen Multikulti-Phantasien mittragen müssen. Es sind dies die Nachwehen einer Ideologie, die spätestens Ende der 80er Jahre gescheitert ist. Diese Multikulti-Phantasien haben in den Metropolen Europas dazu geführt, dass zum Beispiel in Paris randalierende Gruppen durch Randbezirke ziehen, etwa Autos anzünden und sozialen Unfrieden genau in unseren Metropolen in Europa bringen.

Sie versuchen, faktisch Situationen herzustellen, die gesetzlich nicht gedeckt sind. Sie versuchen, durch Ihre Agitation – und ich werde Ihnen das später noch genauer vorlesen – Fakten zu schaffen, weil sie keine parlamentarische Mehrheit haben, um Gesetze zu schaffen. Und dass Sie keine parlamentarische Mehrheit haben, zeigt eben, dass Sie von den Bürgern nicht gewählt wurden, dass die Österreicher genau das nicht wollen, was sie hier umzusetzen versuchen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man sich die Gesetze anschaut – Kollege Ulm hat es ja schon ausgeführt – sieht man, dass hier festgelegt ist, dass einem Fremden, der in Österreich einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat, soweit dieser Antrag nicht wegen Drittstaatssicherheit abgelehnt oder wegen Zuständigkeit eines anderen Staates zurückgewiesen wird, der Status eines Asylberechtigten zuerkannt werden kann, wenn glaubhaft ist, dass in seinem Herkunftsstaat Verfolgung im Sinne des Artikel 1 Abschnitt A der Genfer Flüchtlingskonvention droht.

Was steht in der Genfer Flüchtlingskonvention? – Dort ist die Rede von begründeter Furcht vor Verfolgung wegen Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu

einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen einer politischen Überzeugung. Diese Verfolgung muss aber zum fraglichen Zeitpunkt tatsächlich bestehen.

Weiters ist illegale Einreise ausgeschlossen. Flüchtlinge ohne gesetzliche Einreise sollen nur dann keine Strafen wegen illegaler Einreise bekommen, wenn sie direkt aus einem Gebiet kommen, wo ihr Leben oder ihre Freiheit im Sinne des Art 1 bedroht sind.

Das Bundesasylamt hat eine Ernstinformation für das Asylverfahren herausgegeben, in dieser Broschüre werden den Asylwerbern relativ bildlich und sehr informativ Informationen gegeben. Darin steht, wie ein Antrag gestellt werden muss, welche Dokumente vorgewiesen werden müssen. Dann wird geprüft, ob in Österreich überhaupt ein Antrag in dieser Form gestellt werden kann und ob in Österreich überhaupt Zuständigkeit gegeben ist. Dies kann auch – so steht es auch in dieser Broschüre – mit Abnehmen von Fingerabdrücken in Schub-, Straf- oder Untersuchungshaft erfolgen.

Ob jene, die in der Votivkirche sitzen, all das tatsächlich eingehalten haben, wage ich zu bezweifeln. Man hört ja, dass die Polizei nicht einmal die Möglichkeit hat, die Identitäten aufzunehmen.

Aber Wien ist anders. Wien macht einen Bleibeführer für Wien. Herr Lobo! Sie kennen ihn! Ich habe ihn mir durchgelesen, es ist dies eine Broschüre von 68 Seiten. Was steht in diesem Bleibeführer für Wien? – „Nach Wien gekommen, um zu bleiben.“ Es gibt da auch ein Kapitel, das heißt „Mobilität“. Wenn jemand nach Wien kommt, wirklich Asyl sucht und etwas über Mobilität in Wien wissen will: Was würde man erwarten, dass wir ihm preisgeben? – Wie die Straßenbahnlinien funktionieren oder wie die U-Bahn fährt? Nein! Wien ist anders! In dieser Broschüre steht: „Schwarzkapplerinfo: Hier erhältst du Warnungen von Fahrgästen in Wien, die berichten, wo gerade die KontrolleurInnen unterwegs sind, und zwar unter „www.schwarzkappler.info.at.“ Und dann noch ein kleiner Hinweis: „Achtung, die Kontrolleure können die Polizei anrufen.“ – Wenn ich hilfeschend aus einem anderen Land komme, dann brauche ich keine Information darüber, wie man in Wien Schwarzfahren kann! *(Zwischenruf von Abg Senol Akkilić.)*

Da gibt es noch ein zweites Kapitel, das heißt „Kampf“. – Wenn ich hilfeschend nach Österreich komme, dann erwarte ich mir viel, aber kein Kapitel, das „Kampf“ heißt. Was steht in diesem Kapitel? Darin wird zum „Transnationalen MigrantInnenstreik“ am 1. März aufgerufen. – Wenn ich zu Hause verfolgt werde und flüchtend in ein Land komme, dann brauche ich keine Information über den nächsten Streik in diesem Land! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Interessant ist auch, welche Treffpunkte in dieser Broschüre vorgeschlagen werden. – Es ist vom Ernst-Kirchweger-Haus die Rede, und was steht dort? „RassistInnen, PatriotInnen, SexistInnen et cetera und Bullen sollen bestenfalls zu Hause bleiben.“ – Das erfahren Asylwerber, wenn sie nach Wien kommen, in Broschüren, die von der Gemeinde Wien finanziert werden, und das ist für mich ein Skandal! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dort im Ernst-Kirchweger-Haus werden Sie dann

wahrscheinlich den Herrn Eberl treffen, der da dieses Votivkirchen-Camp organisiert hat.

Und was steht noch in der Broschüre drinnen? „Versuch ruhig zu bleiben, wenn die PolizistInnen dich provozieren wollen.“ – Das ist eine Information, die für einen Asylsuchenden in Wien ganz wichtig ist.

Dann gibt es noch Kommentare von Asylwerbern. Das ist so das letzte Kapitel, in dem zusammengefasst wurde, was dort gesprochen wurde in diesem Workshop, der diese Broschüre erarbeitet hat. Was steht da drinnen? „Die meisten PolizistInnen sind einfach RassistInnen. Österreich ist wie ein großes Gefängnis. Man kann nicht ausreisen.“ – das ist mir ganz neu; ich würde mir wünschen, dass einige von denen ausreisen – „Hunde haben mehr Bewegungsfreiheit in Österreich als Asylwerber.“ – Das steht dort hinten drinnen. So informieren Sie Asylwerber, die nach Österreich kommen. Diese Bilder zeichnen Sie von unserem Land. Und das ist ein Skandal! (Beifall bei der FPÖ.)

Und was steht auf der letzten Seite? „Gefördert mit Mitteln der Stadt Wien.“ Genauso (*Der Redner hält die Broschüre in die Höhe.*) schaut das aus. Diese Broschüre ist im Rahmen Ihrer Kulturveranstaltung im September 2012 aufgelegt worden. Das ist auch im Internet. Die genieren sich ja nicht einmal dafür. Das ist ja das Schlimme.

Dann liest man die „Kronen Zeitung“ vom 31.12.2012. Was steht da drinnen? Chaoten hetzen Asylwerber auf. So bedauernswert die Lage der 40 Flüchtlinge in der Votivkirche ist, so beschämend sind die Beweggründe jener Links-Chaoten, die vom Protestcamp vor dem Gotteshaus aus die Asylwerber einen Monat lang aufgehetzt haben. – Das, Frau Hebein, zum Thema Hetze. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Sie reden von Hetze!*) Das ist Hetze. Sie und Ihre Leute betreiben Hetze, und das ist nicht akzeptierbar in dieser Stadt. (*Abg Birgit Hebein: Sie würden am liebsten alle Kinder abschieben!*) Ich habe gesagt, über Einzelfälle können wir reden. (*Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei den GRÜNEN.*)

Was steht weiters in der „Kronen Zeitung“? Ihr wahres Ziel: Import von Aggression und Diffamierung der österreichischen Asylpolitik. Der plumpe Versuch, die rot-weiß-rote Flüchtlingspolitik zu verunglimpfen, zieht sich wie ein roter Faden durch links-linke Agitation.

Mit Lügen, Unwahrheiten und Gräueltatsachen wurde gleich zu Beginn des Protestes am 24. November Österreichs Asylwesen überschüttet: keine Winterkleidung, zu wenig Taschengeld, menschenunwürdige Versorgung, zu kleine Portionen beim Essen, keine Rücksicht auf religiöse Wünsche. Das erzählen die Links-Extremisten dort vor Ort hilflosen Asylwerbern, die nämlich wirklich vielleicht in ihrem Land verfolgt werden. – Das ist Ihr Problem. Sie hetzen Leute in dieser Stadt gegeneinander auf.

Weiter: Hinter dem Schwall an Anschuldigung steckt offenbar der Organisator des Widerstandscamps, Hans Georg Eberl. – Das ist der, der im Kirchweg-Haus sitzt, wohin Sie mit der Broschüre, von der Gemeinde Wien gefördert, Asylwerber zuerst schicken, damit sie dort

vom Herrn Eberl informiert werden, wie Wien und wie diese Stadt so läuft.

Und was noch interessant ist: Die Caritas hat geheizte Quartiere für Frierende öffnen wollen. Da schickte – so steht es da drin – das bayrische Links-Lager keineswegs Votivkirchen-Flüchtlinge, sondern 60 Somalier dorthin. Zuvor hatte man unter den Afrikanern, die bereits im Herbst gegen das Parlament aufgehetzt worden waren, eine falsche Hoffnung verbreitet: Wer vier Tage bei der Caritas bleibt, erhält eine Wohnung in Wien. Interessant. Das würden sich einige Wiener auch wünschen. Fehlinformation und Hetze – das ist Ihre Art der Politik. (Beifall bei der FPÖ.)

Zwischendurch wurde auch noch behauptet und diesen Asylwerbern, die ja vielleicht zum Teil – im Schnitt sind es 20 Prozent ehrliche Asylwerber – wirklich Asyl suchen, gesagt (*Zwischenrufe bei den GRÜNEN*) – lesen Sie es bitte in der Zeitung nach; das glauben Sie ja gar nicht, wie tief Sie sind, wie tief Sie in Ihrer Hetze sind –, ihnen wird von der Caritas der Tee vergiftet. Das ist ja wohl das Allerletzte! Das ist Hetze. Fehlinformation, Falschinformation und Hetze. Sie hetzen Schichten gegeneinander. Das steht da in der Zeitung. Ich habe das zitiert. (*Zwischenruf von Abg Mag Rüdiger Maresch.*) Das steht in der Zeitung. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Ja, in der „Kronen Zeitung“!*) Ich lese Ihnen es noch einmal vor. „Kronen Zeitung“: „Mit Lügen, Unwahrheiten und Gräueltatsachen wurde gleich zu Beginn des Protestes am 24. November das österreichische Asylwesen überschüttet.“ (Beifall bei der FPÖ.) Im „Kurier“ steht dann was anderes auch noch drinnen.

Dann kam es zur Räumung dieses Lagers. Da hatte die Wiener Stadtregierung so ein rechtsstaatliches Lucidum intervallum, einen lichten Moment. Das heißt nämlich, man ist wirklich auf die Idee gekommen, dass da irgendetwas nicht rechtsstaatlich ist, und hat das räumen lassen.

Die GRÜNEN sagen, nein, das waren wir nicht, denn vor ihren linken Rändern können sie das ja nicht vertreten. Denn jenen, die dort hetzen, die dort die Asylwerber aufhetzen, denen können Sie ja nicht sagen, wir sitzen in der Stadtregierung und wir haben euch da das Camp abbauen lassen, aber Sie haben es gemacht. Wir haben auch einen Beleg dafür. Die Landespolizeidirektion Wien sagt, die Vorgangsweise war mit der Wiener Stadtverwaltung besprochen und beim Abbau des Lagers wurde im Einvernehmen mit der Stadt gehandelt. Da sagt der rote Parteigänger Pürstl. Das ist keiner von uns, das wissen wir, ganz und gar nicht.

Und das Interessante ist dann: Dort haben wir Asylbetrüger gehabt. Die haben dort illegale Tätigkeiten ausgeführt, sonst wäre dieses Lager nicht abgebaut worden. Die Firma, die das erledigt hat, arbeitet für die MA 48, und beim Einsatz vor der Kirche waren LKW und Arbeiter ebenfalls im Auftrag der MA 48 tätig.

Interessant ist, wenn man sich dann auf „asyl.at“ die Geschichten anschaut. Wo finden AsylwerberInnen Beschäftigungen – da ist eine Rubrik, das kann man sich anschauen – und welchen Probleme haben sie dabei? Und wissen Sie, was da drinnensteht? In Subfirmen der

MA 48 kann ein legaler Asylwerber Beschäftigung finden – ich gehe davon aus, dass das ein legaler sein muss –, und das Interessante ist, dass legale Asylwerber dann im Winterdienst vielleicht auch noch beauftragt werden, die Zeltlager von Links-Chaoten abzubauen. Und wenn ich als Asylwerber nach Österreich komme, will ich viel machen, nur nicht die Zeltlager von nichtrechtstaatlichen Links-Chaoten abbauen. (*Abg Birgit Hebein: Wissen Sie, was Sie da daherreden! – Abg Mag Rüdiger Maresch: Das glauben Sie ja selber nicht, Herr Guggenbichler!*) Das ist so. Das steht da drinnen im „Kurier“ vom 30.12. Ich lese es Ihnen noch einmal vor. (*Zwischenruf von Abg Birgit Hebein.*) Nein, das ist ein Zitat vom Herrn Pürstl. Glauben Sie dem Herrn Polizeipräsidenten nicht? (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Ihnen glaube ich nicht! Sie reden so einen Unsinn! Ihnen glaube ich nichts!*) Ich lese es Ihnen noch einmal vor: „Selbstverständlich hat die Landespolizeidirektion Wien die Vorgangsweise mit der Wiener Stadtverwaltung besprochen und beim Abbau des Lagers im Einvernehmen mit der Stadt gehandelt.“ Und auf „asyl.at“ steht, man kann beispielsweise bei Subfirmen der MA 48 für den Winterdienst beauftragt werden. Wie wir wissen, war das im Dezember.

Hören Sie auf mit dieser Hetze! Hören Sie auf mit der inländerfeindlichen Politik! Das hat diese Stadt nicht verdient. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Wagner. Ich erteile es ihm.

Abg Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Frau Präsidentin! Hoher Landtag! Meine geschätzten Damen und Herren!

Wenn man theatralisch werden möchte, würde man heute für das Verlangen dieser Sitzung im Wiener Landtag unter dem Motto, das die Freiheitlichen sich ausgesucht haben, einen Dichter zitieren, nämlich William Shakespeare „Viel Lärm um nichts“. In Wirklichkeit geht es Ihnen nicht um irgendwelche Probleme, auch nicht um die Beseitigung von Problemen. Ich werde Ihnen daher jetzt jemanden zitieren, dessen Aussprüche Sie in der Vergangenheit auch schon oft verwendet haben, der sich das selber aber wahrscheinlich verboten hätte, nämlich Bruno Kreisky, der in einer seiner Lebensweisheiten meinte: „Wenn man in der Politik tätig ist, dann muss man die Menschen gern haben.“ Und wissen Sie, das ist etwas, was ich in Ihrer Fraktion, in der Freiheitlichen Fraktion, vermisse. Ich glaube, es werden nicht alle sein, die da im Prinzip jetzt Menschen nicht gern haben, aber es gibt einige bei Ihnen, die eigentlich die Menschlichkeit nicht sehr hochhalten.

Und zum Kollegen der Freiheitlichen Fraktion, der vorher gesprochen hat: Ich würde Ihnen raten, lesen Sie weniger Broschüren, sondern lesen Sie Ihr Parteiprogramm durch und bringen Sie dort ein neues Kapitel ein. Von Menschlichkeit ist nämlich in Ihrem Parteiprogramm weit und breit nichts zu lesen, und in Ihrer tatsächlichen Politik zeigen Sie auch immer, dass die Menschlichkeit in Ihrer Organisation sicher keinen großen Stellenwert hat. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Geschätzte Damen und Herren! Wenn man sich die

historische Geschichte anschaut – die Kollegin Mörk ist ja schon darauf eingegangen –, so hat Österreich schon vor sehr langer Zeit mit über 140 Staaten die Genfer Flüchtlingskonvention unterschrieben und verpflichtet sich damit, Flüchtlinge, die um Asyl ansuchen, aufzunehmen und zu schützen.

Mit 1.5.2004 trat die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Art 15a in Kraft. Damals gab es die Regierung Schüssel II mit einem Vizekanzler Herbert Haupt, der der FPÖ angehört hat, beziehungsweise ab 21.10.2003 Hubert Gorbach. Sie beschreibt die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern, definiert die Zielgruppe und regelt die Kostentragung. Wie ich meine, eine vernünftige Vereinbarung, aber wie man heute in der tatsächlichen Politik wieder sieht, kann sich jene Partei, die das damals auf Regierungsebene mitverantworten hatte, die das damals mitgetragen hat, heute anscheinend nicht mehr daran erinnern, stellt das durchaus auch in Abrede und findet, dass nur Asylflüchtlinge, wie Sie das benennen, die es wirklich notwendig haben, etwas bekommen sollen. Interessanterweise dürfte aber Ihre Definition dann so lauten: Sie entscheiden, wer es wirklich notwendig hat. Und das geht mit Ihrer Politik an der Realität vorbei.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn Sie so oft und so gerne den Rechnungshof zitieren – und jetzt kann ich nicht aus Rohberichten zitieren, weil ich sie noch nicht kenne; Sie kennen die anscheinend; ist ja auch egal –, dann sollten Sie, wenn Sie schon Informationen bekommen, diese Informationen genau durchlesen und studieren. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Also Sie kennen das auch!*) Nein, ich habe es ja nicht gelesen, aber ich sage Ihnen nur, Sie haben mit Ihrem Beschlussantrag, den Sie heute hier einbringen, wieder einmal in fast allen Punkten nicht recht. Ganz im Gegenteil. Zu Ihren Behauptungen ist festzuhalten – und der Rechnungshof hat das auch richtig erkannt –, dass das Bundesministerium für Inneres die Datenbank zur Abrechnung der Grundversorgung falsch programmiert hat. Die in der Grundversorgungsvereinbarung vereinbarte Kostenteilung wird nicht eingehalten. Es kommt zu Kostenverschiebungen zu Ungunsten der Länder.

Nächster Punkt: Für Personen, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abschiebbar sind gemäß Art 2 Abs 1 Z 2 und 4 der Grundversorgungsvereinbarung und § 1 Abs 2 Z 2 und 4 Zielgruppe der Grundversorgung sind für Abschiebung, ist der Bund zuständig. Nicht wir als Stadt Wien, der Bund ist zuständig. Das erkennt auch der Rechnungshof.

In Wien sind die Kosten der Grundversorgung pro Kopf österreichweit am geringsten, nämlich mit durchschnittlich 14,6 EUR pro Tag.

Das Bundesministerium für Inneres hat es nicht geschafft, eine Datenschnittstelle mit dem Familienministerium über die Gewährung der Familienbeihilfe einzurichten. – Da sind wir auch nicht zuständig und können nichts dafür. Wobei es sich bei jenen Einzelfällen, die auf Grund eines Urteils des Verwaltungsgerichtshofes die Familienbeihilfe rückwirkend erhalten, um Altfälle aus der Zeit der schwarz-blauen Bundesregierung handelt. Zu-

dem – das wurde heute auch schon erwähnt – hat die Judikatur ja eindeutig festgestellt, dass die von der FPÖ geforderte rückwirkende Anrechnung von Familienbeihilfe auf Grundversorgungsleistungen schlicht und einfach gesetzwidrig ist und somit verboten.

Sie haben ja so viele Juristen in Ihrem Klub. Sie hätten sich ja das alles nur durchlesen müssen, dann wären Sie draufgekommen, dass viele Ihrer Punkte, die Sie da heute in Ihrem Beschlussantrag einbringen, schlichtweg falsch, sachlich unrichtig sind und im Prinzip auch nicht die Zuständigkeit der Stadt Wien und der Gemeinde Wien betreffen.

Aber Sie wollen es ja genau wissen, und jetzt gehen wir zu den Vorwürfen im Detail. Sie sagen, Wien zahlt doppelt so viel Sozialleistungen aus. Problem: die Datenübermittlung des Finanzministeriums. Seit 1.1.2006 gibt es für Personen, die sich in der Grundversorgung befinden, keinen Anspruch auf Familienbeihilfe. Das sind Änderungen im Zuge des Fremdenrechtspaketes 2005, wo das unter Schwarz-Blau durchgeführt wurde. Der Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass – jetzt noch einmal – bei Altfällen, deren Asylanträge vor dem 1.1.2006 gestellt wurden, Familienbeihilfe ausbezahlt ist, und in weiterführender Judikatur, dass eine rückwirkende Anrechnung – wie Sie das verlangen – auf Grundversorgungsleistungen nicht zulässig ist.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass das Bundesministerium für Inneres und die Buchhaltungsagentur die Grundversorgung in Wien quartalsweise prüfen und bislang keine Beanstandungen betreffend Nichtberücksichtigung von Familienbeihilfe vorliegen. Das ist der Ist-Bestand und nicht das, was Sie sich gerne wünschen oder in der Öffentlichkeit erklären.

Der nächste Vorwurf: Wien versorgt illegale Personen, Versorgung von Personen, deren Asylverfahren rechtskräftig negativ abgeschlossen wurde. – Der Vorwurf, Wien versorgt illegale Personen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Gemäß Art 2 Abs 1 Z 2 und 4 Grundversorgungsvereinbarung und § 1 Z 2, 3 und 4 besteht die Verpflichtung, diesen Personen Grundversorgung zu gewähren. Über diese Frage kann im Vollzug gar nicht entschieden werden, sondern es sind die entsprechenden Gesetze umzusetzen. Das haben wir vorgegeben, das steht in den gesetzlichen Bestimmungen drinnen.

Für Abschiebungen ist der Bund zuständig. Es liegt ausschließlich im Zuständigkeits- und Kompetenzbereich des Bundes respektive der Fremdenpolizei, fremdenpolizeiliche Maßnahmen beziehungsweise die Anwendung des gelinderen Mittels mit Quartiernahme oder Schubhaft zu ergreifen, um eine Außerlandesbringung zu effektuieren.

Für die Grundversorgung in Wien ist es selbstverständlich, dass es für den Bezug von Grundversorgungsleistungen Voraussetzung ist, behördlichen Ladungen und Auflagen Folge zu leisten. (*Abg Mag Johann Gudenus, MAIS: Das geschieht aber nicht!*)

Dann sagen Sie, Wien verzichtet auf Millionen. Fehlprogrammierung der Datenbank durch das Bundesministerium für Inneres. Das Bundesministerium hat die Länder darüber informiert, dass ab 1.1.2013 die Fehler der

Grundversorgungsdatenbank behoben werden. Weder der Fonds Soziales Wien noch die Stadt Wien haben auf Forderungen gegenüber dem Bundesministerium für Inneres auf Grund der Fehlprogrammierung der Grundversorgungsdatenbank verzichtet. Sie werden das nirgends lesen, nirgendwo gehört haben, aber Sie behaupten es schlicht und einfach. Das ist unrichtig.

Dann sagen Sie, Wien fördert die Asylindustrie mit unnötigen Mehrkosten durch die Überfüllung der Quote. Die Grundversorgung Wien hat es geschafft, dass die Kosten pro Flüchtling österreichweit weitaus am geringsten sind, nämlich die schon erwähnten 14,62 EUR pro Tag. Die Regelung des Länderausgleiches gemäß Art 10 Abs 2 Grundversorgungsvereinbarung sorgt dafür, dass jedes Bundesland jenen Anteil an den Kosten gemäß seiner Quote zu tragen hat. Daher sinken österreichweit die Kosten der Grundversorgung, je mehr Personen in Wien versorgt werden.

Das ist aber nicht der Grund für die Quotenübererfüllung, meine Damen und Herren, es ist vielmehr der Großstadtfaktor, den meine Vorrednerin, die Kollegin Mörk, schon erwähnt hat, dass in Wien einfach mehr Asylwerber sind als in den vergleichbaren anderen Bundesländern. Und ich sage Ihnen noch eines: Wir sind stolz darauf, dass wir in Wien eine hohe Menschlichkeit besitzen. Wir sind stolz darauf, dass wir unsere Quote nicht nur erfüllen, sondern auch übererfüllen, denn das gehört einfach zu einer menschlichen Politik mit dazu. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Wir lehnen uns nicht zurück und wir lassen uns nicht von irgendwelchen Wahlterminen leiten, wo wir uns dann hinstellen – das geht jetzt leider in Richtung der ÖVP – und wie Sie noch im Vorjahr sagen, Niederösterreich ist die einzige Stütze und übererfüllt alles, aber bei der ersten Gelegenheit sackt dann die Quote in Niederösterreich auf 81 Prozent hinunter. Niederösterreich bildet momentan das Schlusslicht von allen neun Bundesländern in Österreich. Das ist keine vorbildliche Politik. Der werden wir auch nicht folgen, sondern wir werden in Wien dafür sorgen, dass eine menschliche Behandlung, eine menschliche Beurteilung und eine menschliche Vorgangsweise auch in der Asylpolitik weiter Platz haben und auch weiter fortgeschrieben werden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit – und dafür eignet sich die heutige Sitzung, für alles andere eher weniger – mich bei all jenen Trägerorganisationen und Vereinen bedanken, die nicht nur heute, sondern tagtäglich, aber auch in der Vergangenheit hier eine vorbildliche Arbeit leisten und geleistet haben. Ich möchte jetzt nur ein paar stellvertretend für alle anderen herausheben. Da gehören die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fonds Soziales Wien dazu, es gehört die Caritas dazu, es gehört die Diakonie dazu, es gehört die Volkshilfe dazu. Aber das wäre alles nicht möglich, würden in diesen Trägerorganisationen nicht Menschen sitzen, die das Herz am richtigen Fleck haben und die auch Menschlichkeit besitzen. Und diese Menschlichkeit, meine Damen und Herren der Freiheitlichen Fraktion, sollten Sie sich auch ins eigene

Stammbuch schreiben.

In diesem Sinne werden wir unseren Weg, unbeschadet davon, wie viele Landtagssitzungen und Gemeinderatssitzungen Sie zu diesen Themen noch verlangen werden, fortsetzen und unseren Weg unbeirrt und zielführend in der Stadtregierung hier im Wiener Landtag und Gemeinderat weitergehen. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Jung. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Frau Präsidentin!

Zunächst einmal zur Wortmeldung der Kollegin Hebein vorhin über die Situation der Armen in Wien. Der Ofen ist aus. Eine warme Wohnung ist heutzutage für viele Österreicher zum Luxus geworden. Etwa 300 000 Menschen können die Wohnung nicht angemessen heizen, schätzt die Caritas. Sie frieren in den eigenen vier Wänden. Besonders betroffen sind Alleinerzieherinnen, Familien, Einkommensschwache, Arbeitssuchende und Mindestpensionistinnen. Viele Betroffene klagen darüber, dass die Stadt Wien heuer den Heizkostenzuschuss gestrichen hat. Stattdessen bietet die Behörde Energieberatungen an.

Das ist die Situation Wien. Das ist nicht Wolfgang Jung, das ist O-Ton ORF „Am Schauplatz“, meine Damen und Herren. Und dahin sollte unser Geld gehen und nicht irgendwo in die Welt hinaus, an irgendwelche Leute, denn wir sind hier für Österreich beziehungsweise im speziellen Fall für die Wiener verantwortlich. Leugnen Sie nicht die Realität! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von Abg Dr Kurt Stürzenbecher.)*

Herr Kollege Stürzenbecher, Sie sagen, wir sind wir. Okay. Wenn Sie jetzt, wie gefordert, den Asylanten das Arbeitsrecht geben – wir haben, das können Sie nicht bestreiten, eine beschränkte Zahl von Arbeitsplätzen, wir haben über 400 000 Arbeitssuchende –, welchen Österreichern wollen Sie diese Arbeitsplätze wegnehmen? Sagen Sie das auch, wenn Sie derartige Forderungen aufstellen, oder seien Sie still und schauen Sie in sich hinein. Sie wissen ganz genau, wie unlauter solche Forderungen sind. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg Prof Harry Kopietz: Wien schafft Arbeitsplätze!)* Ja, das merkt man! Rückgängig sind die Beschäftigungszahlen, Herr Kollege. Das wissen Sie ganz genau, und das können Sie mit einem Satz nicht wegwischen.

Und wenn der Kollege Lobo sagt, ich habe eine Flucht hinter mir, kann ich ihm sagen: Die einzige Flucht, die er hinter sich hat, ist die vor der Realität und vor dem, was sich wirklich in dem Land abspielt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Kollege Wagner, der appelliert – wie hat er gesagt? –, man soll die Menschen gern haben. Ja, Herr Kollege, sagen Sie das Ihren Jugendorganisationen, die da draußen vor dem Rathaus schreien: „Ein Baum, ein Strick dem Strache sein Genick!“ Sagen Sie das Ihren Jugendorganisationen, die zu Demos auffordern, die Leute so zu behandeln, zu bespucken, zu beschimpfen, zu jagen und zu hetzen. Dort wären Ihre Worte angebracht, Herr Kollege Wagner. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben heute schon vom Rohbericht des Rechnungshofes gehört vom Kollegen Wagner, der den Bericht zwar nicht gelesen hat, aber darüber redet. *(Abg Kurt Wagner: Nein, ich habe gesagt, ich habe ihn noch nicht!)* Vermutlich haben Sie sich die Rede von irgendwem vorschreiben lassen und Sie dann heruntergelesen, so wie der Lobo die andere Rede abgelesen hat. Schauen Sie sich das an. Sie können dem Rechnungshof seine Seriosität nicht absprechen. Das wissen alle Österreicher, da können Sie behaupten, was Sie wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da wird vor allem der Fonds Soziales Wien angegriffen. Es wird auch festgestellt, ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Asylbewerber zusätzlich zur Grundversorgung auch noch die Familienbeihilfe beziehen. Doppelbezüge sind möglich. Und so geht diese Kritik am laufenden Band weiter. Dann steht, insgesamt wurden in Wien 2011 für die Versorgung von Asylbewerbern 33 Millionen bezahlt. 33 Millionen! Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, aber ungefähr 58 Millionen haben wir für die Schulen. Es ist natürlich nicht furchtbar viel, weil Sie ja 52 Millionen für die Eigenwerbung ausgeben, aber es wäre genug, um den Wienern, die hier frieren müssen, von denen wir gehört haben, die Heizkostenzuschüsse weiterzuzahlen. Aber Sie haben ja andere Prioritäten.

Dann schauen wir uns einmal den Personenkreis der Bezieher dieser Geschichten an. Unter den ermittelten Kriminalfällen in Österreich sind 2011 von rund 260 000 Tatverdächtigen 39 Prozent Ausländer gewesen, und bei diesen ist die Anzahl der Asylanten ebenfalls unverhältnismäßig hoch. Die unrechtmäßige Inanspruchnahme finanzieller Leistungen durch Asylanten betrug 78 Prozent. Und von 32, gegen die wegen Mordes ermittelt wurde, waren 11 Asylanten. Der Herr Präsident hätte vielleicht denen sagen sollen, nicht die Taferl sind sicherheitsgefährdend und sollten entfernt werden, sondern solche Leute, meine Damen und Herren. Das kann ich Ihnen sagen.

Und weil wir bei der Staatsanwaltschaft sind: Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt hat bestätigt, dass gegen die ARGE Rechtsberatung, bestehend aus Diakonie und Volkshilfe Wien, Ermittlungen wegen Verdachts des gewerbsmäßigen Betruges laufen, meine Damen und Herren. Gewerbsmäßiger Betrug!

Jetzt schauen wir uns einmal die Volkshilfe Wien an, und dann verstehe ich die Erregung bei manchen Kollegen hier im Saale. Wenn Sie das Vereinsregister aufmachen, dann steht drinnen: „Der Vorsitzende und seine Stellvertreter vertreten den Verein. Alle vom Verein ausgehenden wichtigen Schriftstücke, vor allem Vereinbarungen, Verträge und rechtsverbindliche Schriftstücke, die von wesentlicher wirtschaftlicher und vermögensrechtlicher Bedeutung sind“ – dazu gehören auch Gelder natürlich – „zeichnet der Vorsitzende oder seine Stellvertreter.“ Und dann schauen wir nach. Vorsitzender: Familienname Stubenvoll, Erika; Stellvertreter, natürlich mit Vertretungsbefugnis: Lacina Karl; weiterer Stellvertreter: Wagner Kurt – hört, hört, meine Damen und Herren! –; weiterer Stellvertreter: Hatzl Eva, Laschan Claudia. So geht es weiter, meine Damen und Herren.

Das ist ein Verein, gegen den von der Staatsanwaltschaft ermittelt wird. Da wäre ich nicht herausgegangen, Herr Kollege Wagner, da wäre ich ruhig gewesen und ganz still und hätte einmal die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abgewartet. *(Abg Kurt Wagner. Das ist eine Unterstellung!)* Das ist die Realität. Jetzt verstehe ich, warum Sie da herauskommen und sich so aufregen. Weil gegen den Verein, von dem hier die Rede ist, ermittelt wird.

Als das Theater um das Amerlinghaus war, hat der Kollege Schuster bei der Geschichte damals mit Recht gesagt, mit dem will ich nicht unbedingt was zu tun haben, und ist rausgegangen. Es wäre an der Zeit, dass auch Sie sich von diesem Verein vorsichtig oder in Wirklichkeit sogar möglichst schnell entfernen. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und jetzt reden wir ein bisschen von den Leuten, die diese Leute hier vor allem in der Votivkirche unterstützen. Da schreibt einer: „Ich bin seit 1983 Vorstandsmitglied von SOS-Mitmensch und seit 1989 Rechtsberater in Asylverfahren“ – Rechtsberater in Asylverfahren; ich nehme nicht an, dass er es gratis macht; also hier gibt es ja immer wieder Nischen, wo man sich einnisten kann –, „Flughafen Sozialdienst, seit 1993 Asyl in Not, Obmann der Organisation, unter meiner Leitung zur Speerspitze vieler Aktionen gegen das herrschende Unrecht. SOS-Mitmensch hat dabei als Transmissionsriemen, als nützliches Vehikel gedient.“ Dann schreibt er, dass sie mehr oder weniger den Sturz des Polizeiministers Löschnak 1995 durchgesetzt haben, die Kampagne gegen Strasser, Asyl in Not hat aufgerufen, Flüchtlinge zu verstecken, was also auch nicht gerade eine legale Aktion ist, meine Damen Herren. Am Schluss schreibt er: „Das sind nur wenige Beispiele einer gelungenen strategischen Kooperation“ – das schreibt er in einem Internet-Mail-Wechsel –, „in der SOS-Mitmensch ein breites bürgerliches Publikum anspricht, während Asyl in Not die Rolle der kleinen wendigen Speerspitze wahrnimmt.“

Diese kleine wendige Speerspitze steht ganz massiv hinter den Leuten in der Votivkirche, und bei einer Debatte über diese Geschichte – weil die Dame heute angesprochen wurde – und über die Glaubwürdigkeit dieser Besetzer, da hat sogar die Frau Ute Bock gesagt: „Ich glaube, dass das Ganze geschürt wird.“ – Dass das Ganze, Herr Kollege Lobo, geschürt wird. Und jetzt sagen Sie der Frau Bock, dass sie einen Blödsinn geredet hat, meine Damen und Herren. Das ist doch wirklich so etwas von eklatant. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Sie können es sich im ORF anschauen, ja, natürlich. Dass das Ganze hier geschürt wird.

Das ist letzten Endes ja auch der SPÖ zu viel geworden, wie wir gemerkt haben, und dann kam die Räumung nach einigem Zögern, weil man mittlerweile auch beim Verfassungsschutz herausgekriegt hat, dass dieses Lager bei der Votivkirche auch das Basislager für den Wirbel gegen den Akademikerball hätte sein sollen, geschürt und unterstützt vom Ausland her, von Deutschland. Da haben ja die GRÜNEN dann auf einmal keine Berührungspunkte mehr.

Und dann kommt es eben zu solchen Situationen. 50

Millionen für die jetzt aufgegriffene Schlepperbande, und 10 000 hat jede dieser Personen bezahlt für das Schleppen. Ja, bitte erklären Sie mir, wer in Afghanistan oder in Pakistan an der Grenze zu Afghanistan 10 000 EUR hat. Das ist dort kein kleines Vermögen, das ist ein Riesenvermögen. Wer das dort hat und dann nach Österreich flüchten muss, da stimmt doch vieles, vieles nicht, meine Damen und Herren, und mit einigermaßen Nachdenken müssten Sie das auch erkennen.

„Wir bleiben ein Jahr hier in der Kirche.“, haben sie uns gesagt. Sie sollen es einmal probieren, auch nur einen Tag in einer islamischen Moschee zu bleiben, auch in einer in Wien, meine Damen und Herren. Und da mache ich der Polizeiführung auch einen Vorwurf, denn aus dieser Kirche kommen immer wieder welche heraus, die verhaftet und abgeschoben werden. In Wirklichkeit müsste gleiches Recht für alle gelten. Wer einen gültigen Abschiebebescheid hat, wäre abzuschieben, und das Nichtdurchführen ist eigentlich eine Form von Amtsmissbrauch. Aber das sind wir vom Wiener Polizeipräsidenten gewöhnt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und jetzt komme ich wieder zu diesem Briefschreiber, den ich vorhin erwähnt habe. Das ist ein gewisser Michael Genner, Sie kennen ihn sicher alle. Ein anderer Brief von ihm: „Häupl muss weg.“ – ich stimme ihm da einmal zu – „Nach seinem Geständnis: Asyl in Not fordert den Rücktritt des Bürgermeisters. Aber auch die GRÜNEN“ – sagt er; aber auch die GRÜNEN, Herr Kollege Ellensohn – „müssen jetzt Farbe bekennen! Keine Koalition mit der SPÖ, solange Häupl Bürgermeister bleibt. Jetzt ist es klar: Der Wiener Bürgermeister hat schon vorher von der geplanten Räumung im Sigmund-Freud-Park gewusst.“

Aber die Wiener GRÜNEN sind gefordert: Solange dieser Mensch Wiener Bürgermeister bleibt, kann es mit seiner SPÖ keine Zusammenarbeit geben. Das sind auch ein paar Parkpickerl-Zonen nicht wert.“ – Schöne Grüße von Michael Genner, meine Damen und Herren. So schaut die Realität aus.

Abschließend will ich noch auf einen anderen Punkt hinweisen, nämlich auf die Kostenfrage, die bei uns in der Form noch nicht so eklatant ist, weil der Zuzug von Leuten, die sich ja als Wirtschaftsflüchtlinge hereinbegeben, zum Teil sogar aus dem EU-Raum, bei uns noch nicht so hoch ist wie in Teilen Frankreichs, vor allem aber in Deutschland. Ich lese Ihnen etwas vor, bevor Sie sich zu sehr über mich aufregen. Deutscher Minister will von Kommunen mehr Kontrolle von Ausländern, auch von EU-Ausländern. Mit Blick auf die Armutsmigranten vor allem aus Rumänien und Bulgarien hat der deutsche Innenminister Peter Friedrich Städte und Gemeinden aufgerufen, ihre Kontrollen zu verschärfen. „Man muss vor Ort stärker hinschauen und den Mut haben, auch EU-Bürger, die das Freizügigkeitsrecht“ – unter welchem Vorwand auch immer – „missbrauchen, dann eben zurückschicken.“ Er will auch eine europäische Verständigung dazu und warnt natürlich vor der Öffnung im Jahr 2014 für Bulgarien und Rumänien. Das sagt der deutsche Innenminister.

Und der Deutsche Städtetag, meine Damen und Her-

ren, auch keine freiheitliche Organisation, warnt vor der Verarmung der Städte und sagt, nicht jeder Armutsmigrant wird eine kulturelle Bereicherung sein. Der Deutsche Städtetag – das können Sie in der „Presse“ nachlesen – warnt vor dem dramatischen Anwachsen der Armutsmigration, was ja „in deutschen Städten bereits zu hochexplosiven Konflikten zwischen Migranten und der einheimischen Bevölkerung geführt hat. Man muss weder bekennder Strache-Fan sein, um ähnliche Probleme, wie der Deutsche Städtetag sie beschreibt, möglicherweise auch auf Wien, Graz oder Linz zukommen zu sehen.“

Und der Deutsche Städtetag sagt wortwörtlich: „Die Zuwanderung von bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen ohne Sprachkenntnisse und soziale Absicherung ist eine gefährliche Entwicklung.“

Das, meine Damen und Herren, kommt dann, wenn man sagt, alle, die hier bei uns sind, auch Wirtschaftsasylanten – in Anführungszeichen –, sollen das Aufenthalts- und das Arbeitsrecht bekommen.

Und hier ein Beispiel des SPD-Politikers Korol, der vor Zigeuner-Zuzug nach Bremen warnt, also ein SPD-Mandatar: „Seit einigen Wochen ist Bremen das Ziel von Roma aus Bulgarien und Rumänien. Sie kommen familienweise und in ganzen Clans und, das ist neu, erklärtermaßen nicht aus politischen Gründen, um hier Asyl zu beantragen, sondern wegen der Armut in der Heimat und der Möglichkeit, trocken und ärztlich versorgt über den Winter zu kommen.“

Ich rede von denen, die genug Kraft und Mittel haben, um den Weg nach Bremen zu finden. Die Aussicht, dass sie je zum Bruttosozialprodukt oder zur Rente beitragen, ist gering. Es ist zu befürchten,“ – so sagt er wörtlich, meine Damen und Herren – „dass diese Menschen sich nur schwer integrieren lassen und nur durch einen sehr hohen Einsatz von Sozialarbeitern und Sachmitteln und vor allem mit der Geduld, die dazu notwendig ist. Das dauert wenigstens eine Generation.“

Und dann sagt er in einem Interview mit der Tageszeitung „Bild“ auch noch: „Diese Menschen stammen aus einer archaischen Welt. Väter haben keine Hemmungen, ihre Kinder zum Anschaffen und Stehlen zu schicken. Sie halten es für ihr gutes Recht, ihre minderjährigen Töchter zur Hochzeit zu zwingen. Viele junge Roma-Männer schnüffeln sich mit Klebstoffdämpfen das Gehirn weg.“

Diese Warnungen vom Deutschen Städtetag, von SPD-Abgeordneten, das sind keine Warnungen von Freiheitlichen, oder der Artikel in der „Presse“, der mit Recht darauf hinweist, dass diese Entwicklung auch bei uns kommen kann, meine Damen und Herren. Diese Warnungen sollten Sie ernst nehmen, und ich bin sicher, bei vielen Mandataren in der SPÖ, die noch Kontakt zur Basis haben, ist diese Warnung der Bürger schon längst angekommen. Sie stehen halt nur in der Zwickmühle, dass Sie die GRÜNEN zum Regieren brauchen. Aber auch die GRÜNEN werden ihre Probleme kriegen, vor allem mit ihrer links-radikalen Basis, der sie nie genug tun werden können, um hier zu öffnen.

Ich habe es vorher gesagt: Wem wollen Sie die Ar-

beitsplätze in Österreich wegnehmen, wenn Sie diesen Leuten hier die Arbeitsmöglichkeit geben? Wir haben etwa 16 000 Asylsuchende im Jahr. Sagen wir, die Hälfte davon wäre arbeitsfähig, das sind 8 000 bis 9 000, aber Sie müssten für 16 000 Menschen, die mit nichts kommen, die gesamte Basisversorgung schaffen, also Wohnung, Kleidung, Kücheneinrichtung, alles das, jedes Jahr, jedes Jahr eine Stadt wie Gmunden, ein bisschen mehr sogar, gratis ausstatten und auffüllen.

Ja, wo wollen Sie denn das Geld hernehmen, meine Damen und Herren? Außer Sie nehmen es den Österreichern weg. Und dagegen werden wir uns wenden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Akkilic. Ich erteile es ihm.

Abg Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte KollegInnen!

Herr Kollege Jung, mein Kollege Klaus Werner-Lobo hat nicht seine Rede vorgelesen, sondern er hat im Namen eines Flüchtlings, nämlich des Adalat Khan, dessen Rede hier vorgelesen, damit hier die Flüchtlinge indirekt zu Wort kommen können und damit Sie auch erfahren, wie es einem Flüchtling hier geht.

Ich möchte zu Beginn sagen, dass ich mich ganz entschieden dagegen verwehre, dass man von Armut betroffene Menschen in Österreich – das sind Österreicher und Österreicherinnen, aber auch Nichtösterreicher und Nichtösterreicherinnen – gegen jene Menschen ausspielt und in eine Rolle schlüpft, in der man sich als die Verteidiger und Verteidigerinnen der Österreicher darzustellen versucht, um die Flüchtlinge schlechtzumachen.

Diese Rolle funktioniert nicht mehr, meine Damen und Herren. Diese Taktik von Ihnen funktioniert nicht mehr, weil die Österreicher und Österreicherinnen auch durchschaut haben, dass Sie diese Trennung dazu missbrauchen, um politisches Kleingeld zu schlagen. Und von daher ist es von unserer Seite strikt abzulehnen, dass Sie Arme gegen Arme ausspielen, dass sie Flüchtlinge gegen sozial schwache Menschen in unserem Land ausspielen. (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) Selbstverständlich gibt es sozial schwache Menschen, und diese Armut und diese sozialen Probleme gehen wir genauso ohne Unterscheidung auf Grund der Staatsbürgerschaft oder Herkunft oder Ethnie mutig an und werden sie auch lösen.

Wenn Kollege Ulm von der Österreichischen Volkspartei hier zu Recht von der Genfer Konvention spricht und auch von anderen Mitteln, die das Recht vorsieht, damit wir eben in der Flüchtlingspolitik oder in der Betreuung der Flüchtlinge weiterkommen können, muss er gleichzeitig dazusagen, dass durch das Dublin-II-Abkommen, das ja europaweit geregelt ist, ein Asyl in jenen Ländern, die sich in Mittel- und Zentraleuropa befinden, die sich nicht an den Rändern Europas befinden, kaum mehr möglich geworden ist, weil das Prinzip heißt, jeder Mensch muss dorthin zurückgeführt werden, wo er das Land betreten hat.

So, jetzt frage ich Sie, welchen Sinn hat noch die

Genfer Flüchtlingskonvention für den Staat Österreich, für die österreichische Bundesregierung? Und hier, meine Damen und Herren, ist die Forderung der Flüchtlinge nach Aufhebung von Dublin II berechtigt, weil das Dublin-II-Abkommen das Problem nicht löst. Dublin II schiebt das Problem an die Randländer Europas wie Griechenland, Polen und alle anderen Länder. Man versucht dann, Rücknahmeabkommen mit der Türkei oder anderen Ländern abzuschließen. Das heißt, wir haben damit kein Mittel in der Hand, mit dem wir mit der Flüchtlingspolitik fertig werden, denn wenn die Flüchtlinge in Griechenland, in der Ukraine, in Polen oder sonst wo untergebracht werden, dann muss sich die Europäische Union damit beschäftigen. Wenn sich die Europäische Union damit beschäftigt, muss sich auch Österreich damit beschäftigen, weil Österreich gleichzeitig Mitglied der Europäischen Union ist.

Und überhaupt, meine Damen und Herren, wie bei uns dieses Thema diskutiert wird, so billig, so ohne Niveau diskutiert wird! Ob ein Flüchtling in unser Gesundheitssystem einwandert, in unser Sozialsystem einwandert, das ist so eine seichte Debatte. Wenn wir in Österreich eine Grundversorgung haben, dann hat diese Grundversorgung einen Grund, meine Damen und Herren. Dieser Grund ist, dass es weltweit eine Fluchtbewegung gibt, dass weltweit Menschen vor Systemen flüchten müssen, vor Kriegsregionen flüchten müssen, mit denen die Europäische Union und Mitglieder der Europäischen Union enge politische und wirtschaftliche Beziehungen pflegen. Die Europäische Union ist einer der größten Player auf dieser Welt, einer der wichtigsten Player auf dieser Welt. Die Europäischen Union und Mitglieder der Europäischen Union haben Soldaten in Afghanistan. Wir kennen die Situation in Pakistan, wir kennen die Situation in Afrika. Die französische Armee war letztes in Mali. All diese Konflikte, meine Damen und Herren, führen dazu, dass Flüchtlingsströme entstehen.

Wenn wir diese Flüchtlingsströme an der Wurzel packen wollen, wenn wir wollen, dass Menschen zu Hause bleiben können und dass sie keinen Fluchtgrund haben, dann muss die Europäische Union, dann müssen die Mitgliedsstaaten die Zusammenarbeit mit den korrupten und Gewaltregierungen dieser Welt aufkündigen. Das ist die Ursache des Problems, meine Damen und Herren. Wenn wir über die Ursache der Probleme nicht reden, werden wir hier selbstverständlich diskutieren, ob die Betreuung eines Flüchtlings 14 EUR oder 17 EUR kostet. Aber das löst das Problem nicht.

Es gibt weltweit über 20 Millionen Flüchtlinge, die zu einem Bruchteil, zu einem winzigen Bruchteil in Europa angelangt sind. Und das zu einem riesengroßen Problem zu machen, die Menschlichkeit zu vergessen, um einfach daran zu denken, ja, wir sind im Wahljahr, wir haben eine Wahl zu schlagen und wir haben kein Thema mehr, deshalb gehen wir auf die Flüchtlinge los, das ist schäbig, meine Damen und Herren. Das sollte man nicht tun, das sollte man lassen.

Beim vorangegangenen Gemeinderat hat der Kollege Rösch, glaube ich, von der FPÖ sämtliche Hilfsorganisa-

tionen, Flüchtlingsbetreuungsorganisationen als kriminelle Organisationen, als Teil der Asylinindustrie bezeichnet, und da bin ich herausgegangen und habe gesagt, ja, Sie bezeichnen Caritas, Diakonie und all diese Organisationen als Teil dieses Systems. Da hat er eine tatsächliche Berichtigung gemacht und hat gesagt, nein, ich habe nicht Caritas und Diakonie gemeint. Hier in Ihrem heutigen Antrag wird von einer Asylinindustrie gesprochen, und siehe, wer da oben steht: die Caritas. Also tun Sie nicht so, reden Sie nicht doppelzünftig. Sie sehen in der Caritas und in allen anderen Betreuungsorganisationen die sogenannte Asylinindustrie.

Meine Damen und Herren! Wenn Flüchtlinge zu uns kommen, gehören sie betreut. Dazu brauchen wir gute Einrichtungen, dazu brauchen wir professionelle Einrichtungen, die diese Betreuung abwickeln können. Caritas, Diakonie und ähnliche Organisationen gehören zu diesen Organisationen, die diese Flüchtlinge betreuen. Na, sollen diese Flüchtlinge unbetreut in Österreich herumirren? Nein, das wollen wir nicht. Daher ist die Aufgabe dieser Organisationen eine ganz, ganz wichtige.

Aber ich möchte gerne über Asylinindustrie sprechen. Die größte Asylinindustrie findet derzeit auf dem afrikanischen Kontinent statt. Dort gibt es sogenannte Auffanglager, die von der Europäischen Union finanziert werden, damit die Flüchtlinge nicht über das Mittelmeer nach Österreich kommen. Wissen Sie, wer einer der größten Organisatoren dieser Auffanglager war? Der Herr Berlusconi und der Gaddafi. In ihren Geschäften – das war 2008, wenn ich mich nicht irre – hat der Gaddafi den Herrn Berlusconi besucht, hat sein Zelt in Rom aufgeschlagen, und einer der wichtigsten Punkte des Geschäftes war: Wie können wir die Flüchtlinge in Afrika aufhalten, damit sie nicht nach Europa kommen? Berlusconi war damals beteiligt an der Regierung – mit wem? Mit der Lega Nord, mit Ihrer Schwesterorganisation, mit der Schwesterorganisation der FPÖ. Also da sehen, wir wer über Flüchtlinge Geschäfte macht. Durch die Schwesterorganisation der FPÖ in Zusammenarbeit mit Berlusconi und mit einem Diktator, der nicht mehr am Leben ist, werden mit Flüchtlingen Geschäfte gemacht. Also werfen Sie in Österreich arbeitenden Organisationen und freiwillig tätigen Menschen, die den Flüchtlingen helfen, im Land zurechtzukommen, und die sie betreuen, nicht vor, Teil einer Asylinindustrie zu sein.

Gibt es kein Schlepperwesen? Natürlich. Ich sage das auch. Wieso soll man das verschweigen? Selbstverständlich gibt es Schlepperwesen, aber wodurch wird das begünstigt? Das wird durch die Restriktion begünstigt. Weil die Flüchtlinge nicht mehr selber die Möglichkeit haben, irgendwo in Europa Fuß zu fassen, sind sie den Schleppern ergeben. Sie haben auch ihre letzten Mittel dafür investiert, dass sie in Sicherheit leben können. *(Abg Armin Blind: Aha! Keine Regeln – kein Problem! Das ist Ihre Logik!)*

Ich bitte Sie alle, stellen Sie sich ein Land vor, in dem Kriegszustand herrscht. Sie wissen, ich komme aus der Türkei, und ich kenne die Situation dort auch sehr gut, wenn es um Türken-Kurden-Konflikte geht. Viele Eltern machen sich Gedanken und Sorgen darüber, ob ihre

Kinder gesund und gut aufbewahrt in die Schule kommen können und wieder zurückkommen können, weil es unter anderem Regionen gibt, wo es kriegsähnliche Zustände gibt. Hier direkt verfolgt zu werden, weil ich mich für diese und jene Organisation eingesetzt habe und für diese Organisation diese und jene Aktivität organisiert habe, ist nicht mehr Teil einer modernen Asylpolitik, weil die Sicherheit der Menschen auf Grund der politischen Situationen nicht mehr gegeben ist.

Ich wünsche niemandem von Ihnen, dass Sie irgendwann einmal flüchten müssen, dass Sie Ihr Land verlassen müssen, und ich wünsche Ihnen auch nicht, dass irgendjemand auf Grund Ihrer Situation Politik macht, denn erst dann werden Sie merken, was es heißt, mittellos zu sein, wehrlos zu sein, und was es heißt, auf Hilfe angewiesen zu sein und schutzbedürftig zu sein.

Meine Damen und Herren! Zum Schluss komme ich noch zur Votivkirche. Wir hatten in der Votivkirche ein sehr, sehr gefährliches Spiel. Dieses gefährliche Spiel hat eine sogenannte Identitäre Bewegung gespielt. (*Abg Armin Blind: Genau!*) Die sogenannte Identitäre Bewegung ist mit der Absicht – ich war dort vor der Kirche, keiner von Ihnen war dort – hineingegangen, die Flüchtlinge zu provozieren und nicht, um die Flüchtlinge zu unterstützen. (*Abg Armin Blind: Nennen Sie auch einen der Schreier und Schneeballwerfer!*) Wenn die Flüchtlinge dort nicht ihre Nerven bewahrt hätten, wenn die Flüchtlinge nicht die Reife gezeigt hätten und diesen Menschen der Identitären Bewegung Tee serviert hätten, Kaffee serviert hätten, wäre eine Eskalation nicht ausgeschlossen gewesen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Nehmen Sie sich in Acht! Solche Spiele, solche Provokationen gefährden den Frieden in der Kirche, gefährden die friedliche Aktion in der Kirche. Hände weg von solchen Aktionen. Das bringt Ihnen gar nichts. Das haben die Leute auch eingesehen und sind gegangen.

Also ich bin froh, dass Wien in der Grundversorgung Menschen aufnimmt und sie nicht auf der Straße lässt. Wir werden diesen Weg weiterhin gehen, und wir werden uns selbstverständlich Gedanken darüber machen müssen, wie wir Gesetze, die das Flüchtlingsproblem nicht lösen, ändern können. – Danke schön. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile es ihr.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich möchte nur einen einzigen Punkt des Abg Jung so nicht stehenlassen, und zwar betrifft das eine sehr, sehr verdienstvolle Einrichtung wie die Volkshilfe, eine sehr, sehr verdienstvolle Einrichtung wie die Diakonie, die jetzt mit Strafanzeigen konfrontiert wird.

Ich habe großes Interesse daran, dass aufgeklärt wird: Wer hat welches Interesse an diesen Strafanzeigen? Warum gibt es jetzt so massive Anzeigen seitens der Fremdenpolizei und des Innenministeriums? Aber das sollen Gerichte klären. Ich lehne es strikt ab und weise es zurück, dass in einem Nebensatz des Herrn Abg Jung versucht wird, verdienstvolle Einrichtungen etwas anzupatzen, indem man sagt, na, da laufen doch Verfahren. Es sind gute Einrichtungen, sie machen wert-

volle Arbeit, und das seit Jahren. Insofern lasse ich es nicht zu, dass das jetzt so stehen gelassen wird. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Blind. Ich erteile es ihm.

Abg Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heutige Sitzung ist ja wieder ein Paradebeispiel dafür, warum sich die Wiener SPÖ und auch die GRÜNEN mit Händen und Füßen dagegen wehren, dass diese Sitzungen auf Dauer im Internet abgerufen werden können, denn es ist ja geradezu ein Offenbarungseid der GRÜNEN und ein Offenbarungseid der sozialdemokratischen Fraktion, wie die Gesetze dieses Landes gesehen werden, meine Damen und Herren.

Die Reden vom Kollegen Akkilic und vom Kollegen Werner-Lobo werden uns jetzt noch weiter beschäftigen. Ich möchte nur ganz kurz zur Wortmeldung des Kollegen Ulm anmerken, es liegt nicht nur – man muss sagen: nicht nur – an der Polizei, es liegt natürlich auch an der katholischen Kirche, wenn diejenigen, die dieses Kirchengebäude besetzt haben, vom Hauseigentümer nicht zum dringenden Verlassen dieser Räumlichkeiten aufgefordert werden, damit dann, sofern die Besetzer sich weigern sollten, behördliche Hilfe in Anspruch genommen werden kann, die natürlich in Anspruch genommen werden kann auf Grund des Sicherheitspolizeigesetzes, wenn eine Besetzung vorliegt. Wenn die römisch-katholische Kirche diese Besetzung duldet, muss sie sich auch den Vorwurf gefallen lassen, diese Personen, die sich illegal hier aufhalten, zu fördern und zu unterstützen.

Es liegt aber nicht nur alleine an der Kirche, es liegt selbstverständlich auch an der Wiener Polizei und in dem Fall an der Wiener Polizeiführung, weil die Wiener Polizeiführung selbstverständlich für die vollständige Beachtung der Gesetze und für den Vollzug auch der Fremden-Gesetze zuständig ist. Wir lassen uns hier nicht vorwerfen, dass die Frage der Polizei eine Thematik ist, die nur in das Bundesparlament gehört, sie gehört natürlich auch hier in den Wiener Landtag, weil der Wiener Polizeipräsident als Leiter dieser Behörde laut unserer Bundesverfassung im Zusammenwirken mit dem Landeshauptmann zu bestellen ist und daher der Landeshauptmann in der Auswahl dieser Person, die an der Spitze dieser Behörde steht, Mitverantwortung trägt und daher auch mitschuldig ist, wenn die Gesetze in Wien nicht vollzogen werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und nun zu der Wortmeldung vom Abg Werner-Lobo. Ich muss sagen, ich verstehe diese Personen in der Votivkirche, wenn sie hierbleiben wollen. Wien ist eine wunderschöne Stadt, Österreich ist ein wunderschönes Land, und ich kann jeden verstehen, der gerne hier sein möchte. Ich verstehe auch die Forderung, Menschenrechte haben zu wollen, und diese Forderung unterstützen wir auch. Jeder Mensch hat Menschenrechte, und keinem Menschen können seine Menschenrechte entzogen werden. Die Frage ist nur – und die gilt es eben zu prüfen –, ob Menschenrechte verletzt werden oder Menschenrechte nicht verletzt werden. Und diese Entschei-

dung obliegt in diesem Land noch immer Behörden und in letzter Instanz unabhängigen Gerichten, das heißt, dem Verwaltungs- oder dem Verfassungsgerichtshof und nicht der Grünen Fraktion und niemandem, der in der Votivkirche sitzt und versucht, den Rechtsstaat zu erpressen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich gebe Ihnen auch recht, wenn Sie meinen, dass es ein Skandal ist, wie lange Asylverfahren teilweise dauern. Ich bin der Meinung, dass Asylverfahren rasch zu erfolgen haben, dass rasch entschieden werden muss und dass den Menschen Sicherheit gegeben werden muss, ob sie hier bleiben können oder ob sie wieder nach Hause gehen müssen. Man muss aber auch dazu sagen, dass 60 Prozent aller Asylverfahren in Österreich innerhalb von 3 Monaten entschieden werden, 80 Prozent innerhalb von sechs Monaten entschieden werden und dass die restlichen 20 Prozent der Fälle, die eine lange Verfahrensdauer haben, zu einem Gutteil deswegen so eine lange Verfahrensdauer haben, weil aussichtslose Anträge gestellt werden, Behörden überlastet werden und ganz gezielt eine Verlängerung des Aufenthaltes mit verfahrenstechnischen Tricks erzwungen wird, was in Wirklichkeit einem Rechtsmissbrauch gleichkommt. Und Rechtsmissbrauch, meine Damen und Herren, lehnen wir strikt ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn Sie die Asylindustrie ansprechen, dann gibt es diese Asylindustrie natürlich. Damit ist nicht gemeint, dass die Europäische Union vor Ort Hilfe leistet, in Nachbarländern Hilfe leistet, um nach Beendigung eines Konfliktes den Menschen die Möglichkeit zu geben, möglichst rasch wieder in ihrem Heimatland Fuß fassen zu können. Das erachten wir als humanitäre Leistung der Europäischen Union, die bewundernswert ist und die Unterstützung verdient. Was wir als Asylindustrie empfinden, sind Vereine, sind Einzelpersonen, sind Rechtsanwälte, sind NGOs, deren Hauptzweck darin besteht, Verfahren zu führen, die in Wirklichkeit keine Chance auf einen positiven Ausgang haben und die in Wirklichkeit diese Menschen missbrauchen, um sich selber zu bereichern. Und das ist schändlich! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man sich die Forderungen anschaut, so sind dies in Wirklichkeit Forderungen, die nicht durchsetzbar sind. Wenn zum Beispiel verlangt wird, alle Fingerabdrücke müssen gelöscht werden, dann sagen diese Flüchtlinge oder diese Personen, die sich teilweise als Flüchtlinge ausgeben, dass sie, obwohl ein Asylverfahren bereits rechtskräftig negativ beendet wurde, das gleiche Verfahren noch einmal anstrengen wollen und daher diese Fingerabdrücke zu löschen sind. Denn das ist ja der einzige Grund, das ist ja auch der Sinn und Zweck dieser Fingerabdrücke, dass jedes Verfahren nur ein Mal durchgeführt werden muss.

Da spielen Sie sich mit dem Rechtsstaat, da missachten Sie den Rechtsstaat, und Sie gehen ja in Ihrer Argumentation dann auch noch weiter. Wenn Sie sagen, Sie solidarisieren sich mit all diesen Forderungen, nämlich beispielsweise damit, dass Personen, die einen negativen Bescheid haben, oder Personen, die nach der Dublin-II-Verordnung ihr Asylverfahren in einem anderen

Land durchführen lassen müssten, nicht dorthin gebracht werden dürfen, missachten Sie den Rechtsstaat, und damit, Herr Kollege – ich sage Ihnen das auch ganz deutlich –, brechen Sie auch den Eid, den Sie hier vor diesem Gemeinderat und diesem Landtag geleistet haben. Sie haben die stete Beachtung und die Einhaltung der Gesetze gelobt, Herr Kollege. Ich weiß nicht, ob Ihnen ein Gelöbnis von Ihnen etwas wert ist. Uns ist unser Wort und unser Gelöbnis etwas wert, uns ist auch der Rechtsstaat etwas wert, und uns sind auch die österreichischen Gesetze etwas wert, Herr Kollege. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn der Kollege Akkilic zum Beispiel eine Gefährdung der Situation in der Votivkirche anspricht, wenn österreichische Staatsbürger ihr Recht auf Meinungsfreiheit geltend machen, da sieht man wieder einmal, wie die Meinungsfreiheit der GRÜNEN aussieht. *(Zwischenruf von Abg Senol Akkilic.)* Bei den GRÜNEN gibt es nur zwei Arten von Meinung: die eigene und die falsche. Und das ist keine Form von Menschenrechten, Herr Kollege. Die Meinungsfreiheit ist ein Grundrecht. Sie ist in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert. Die Demonstrationsfreiheit ist im Staatsgrundgesetz definiert *(Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und GRÜNEN)* und in der Europäischen Menschenrechtskonvention, Frau Kollegin Hebein, und wir als Österreicher lassen uns unser Recht auf Meinungsfreiheit von Ihnen nicht nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir üben unser Recht auf Meinungsfreiheit im Rahmen der Gesetze aus, Frau Kollegin, und lassen uns nicht diktieren, wann wir etwas zu sagen, wann wir zu demonstrieren haben. Wenn es schon um Demonstranten geht, kümmern Sie sich um ihre gewaltbereiten Demonstranten, die da vor der Votivkirche gestanden sind. Kümmern Sie sich um die Schneeballwerfer, kümmern Sie sich um die Leute, die Beschimpfungen getätigt haben, kümmern Sie sich um diese Leute.

Das alles ist auf YouTube nachzusehen. Schauen Sie sich das an, Herr Kollege Akkilic. Sie werden dann möglicherweise erleuchtet werden. Herr Kollege Akkilic und Herr Kollege Werner-Lobo, schauen Sie sich an, wie sich Ihre Leute und die Leute, mit denen Sie sympathisieren, vor der Votivkirche aufgeführt haben, wie Menschen, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit geltend gemacht haben, aus dieser Kirche von der Polizei hinausgeleitet werden mussten, weil offensichtlich die Polizei eine Gefahrensituation nach dem Sicherheitspolizeigesetz gesehen hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn der Kollege Akkilic sagt, wir spielen Menschen gegeneinander aus, dann ist das vollkommen unrichtig. Wir beharren bloß auf der Einhaltung der Gesetze. Gesetze werden von Volksvertretern gemacht und sind von Behörden zu vollziehen. Es kann daher nicht angehen, dass Leute versuchen, den Rechtsstaat zu erpressen. Damit gingen wir einen Weg, der nicht nur rechtsstaatlich unmöglich wäre, sondern wir öffneten auch ein Tor der Ungleichbehandlung. Wir behandelten nämlich Menschen ungleich, die sich im Rahmen der Immigrationsvorschriften, im Rahmen der Einwanderungsbestimmungen einem durchaus anspruchsvollen

Weg stellen, und eröffneten, wenn es nach Akkilic und Konsorten geht, eine Überholspur für Leute, die das nicht interessiert. Das kann nicht angehen. Es ist eine Ungleichbehandlung unter Fremden, wenn eine Personengruppe quasi links überholen kann auf der Überholspur, wenn sich die anderen an die Rechtsstaatlichkeit und an die Einwanderungsbestimmungen halten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie werden mich diesen Satz nicht oft sagen hören, aber ich gebe dem Kollegen Werner-Lobo recht: Es ist in Asylfragen und in Fremdenfragen viel zu lange geschwiegen worden. Und es ist auch Zeit für eine Änderung. Auch da gebe ich dem Kollegen Werner-Lobo recht. Es nämlich an der Zeit für eine Änderung des Vollzugs, eines raschen Vollzugs, eines konsequenten Vollzugs und vor allem eines rechtsstaatlichen Vollzugs. Dass der mit der Grünen Fraktion nicht machbar sein wird, haben große Teile der Bevölkerung ohnedies erkannt und werden dementsprechend im Herbst auch die Rechnung präsentieren. *(Lebhafte Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abg Akkilic gemeldet. Ich erteile ihm das Wort mit dem Hinweis, dass seine Redezeit drei Minuten beträgt.

Abg Senol **Akkilic** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Ich möchte nur etwas Unvollständiges vervollständigen. Die Identitäre Bewegung ... *(Mehrere Zwischenrufe bei der FPÖ, dass es um eine tatsächliche Berichtigung geht. – Abg Johann Herzog: Sie sollen berichtigen, nicht ergänzen!)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: *(unterbrechend)*: Tatsächliche Berichtigung. – Bitte.

Abg Senol **Akkilic** *(fortsetzend)*: Ja, zur tatsächlichen Berichtigung: Die Identitäre Bewegung ist laut Dokumentationsarchiv Österreich eine rechtsradikale Bewegung.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist somit geschlossen. *(Anhaltende Rufe bei der FPÖ.)* Ich möchte in der Sitzung fortfahren und ersuche somit um Ruhe.

Mir liegt ein Beschlussantrag der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag Gudenus, Mag Wolfgang Jung und des Abg Nepp an den Herrn Lhptm Dr Michael Häupl betreffend Kontrolle und Rückforderung zu Unrecht ausgezahlten Leistungen aus der Grundversorgung vor. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Ich ersuche daher jene Abgeordneten, die für diesen Antrag stimmen wollen, die Hand zu heben. – Das sind die Stimmen der ÖVP und der Freiheitlichen Partei, somit die Minderheit. Damit ist der Beschlussantrag nicht angenommen. *(Rufe bei der FPÖ: Und der Klubunabhängige!)* Und der Klubunabhängige. Entschuldigung. Ich vermerke das dazu. *(Abg Mag Rüdiger Maresch: Er ist nicht klubunabhängig, er ist klubabhängig!)*

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche einen schönen Nachmittag.

(Schluss der Sitzung um 13.05 Uhr.)